

# vib-akzente

Berufliche Bildung in Bayern



**Berufliche Bildung immer in Bewegung!**



Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V.

## UNSERE THEMEN

**Vertikale Durchlässigkeit in beruflichen Bildungsgängen** 4

**kurz & knackig** 8

**Der VLB – wieder stark an Ihrer Seite** 10

**Personalratswahlen in München** 11

**Was dürfen Lehrkräfte im Unterricht kopieren?** 12

**Universitätsschule: Verschmelzung von Studium und Referendariat** 16

**Deutscher Berufsschulpreis 2011 – zwei Preisträger kommen aus Bayern** 21

**Individualfeedback – zentrales Element der Schulentwicklung** 23

## THEMA DES TAGES

3 Jürgen Wunderlich: Wir brauchen 200 zusätzliche Stellen

## BILDUNGSPOLITIK

5 Manfred Greubel: Vertikale Durchlässigkeit beruflicher Bildungsgänge  
8 Alexander Liebel: kurz & knackig

## DIENSTRECHT / PERSONALRATSWAHLEN 2011 /

9 Wolfgang Lambl: „Beamte wollen Teilhabe am Aufschwung“  
10 Erich Baumann: Personalratswahlen in München  
11 Wolfgang Lambl: Altersteilzeit für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis  
12 Wolfgang Lambl: Was dürfen Lehrer für den Unterricht kopieren?

## VLB-INITIATIVEN

14 Reinhard Küfner: Rosige Perspektiven für Fachlehrerinnen und Fachlehrer

## PÄDAGOGIK UND UNTERRICHT

16 C. Bauer/E. Blum/ Prof. Dr. D. Sembill: Fortbildung zur Universitätsschule  
18 Jürgen Asam: LifeKinetik Bewegungsprogramm  
19 Dr. Florian Sonneck: 60 Jahre Grundgesetz

## SCHULENTWICKLUNG

21 Deutscher Berufsschulpreis: Zwei Preise gehen nach Bayern  
23 Martin Brunhuber: Individualfeedback – zentrales Element der Schulentwicklung

## EUROPA

25 Dietmar Leischner: Das Bildungssystem von Litauen

## AUS DEM VERBANDSLEBEN

26 **Landesverband**  
27 **Bezirks- und Kreisverbände**  
29 **Fachgruppen**  
35 **Personalien**  
32 **Vermischtes**  
34 **Termine**  
34 **Bücher Medien**  
**Aus aktuellem Anlass**  
36 **Fach- und Berufsoberschulen erhalten 40 Planstellen zusätzlich**

Titelfoto: Jürgen Asam

## Wir brauchen 200 zusätzliche Stellen



im laufenden Schuljahr aus den unterschiedlichsten Gründen insgesamt etwas entspannte, stieß die Ankündigung von Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle, die mobile Lehrreserve an Gymnasien um mehrere hundert Stellen zu erhöhen auf Verwunderung und Unverständnis.

### Ausfall von Pflichtunterricht

Die beruflichen Schulen müssen seit vielen Jahren Ausfall von Pflichtunterricht hinnehmen und werden mit Hinweisen auf besondere Situationen im allgemeinbildenden Schulwesen, z. B. doppelter Abiturjahrgang, Einführung G8, Hauptschulinitiative, Einführung der Mittelschule, Ganztagesbeschulung usw. immer wieder vertröstet. In diesem Zusammenhang sahen sich der VLB und der neue Vorsitzende der LEV (Landeselternvereinigung) FOS, Dr. Bernd Eckhardt, zu einer gemeinsamen Erklärung veranlasst, in der sie wenigstens 200 zusätzliche Stellen für den Bereich der Beruflichen Oberschulen mit ihren knapp 60.000 Schülern fordern (siehe Seite 15). Obwohl es sich bei der Beruflichen Oberschule um eine Schulart handelt, an der ausschließlich Oberstufenunterricht erteilt wird, sind Klassen mit über 30 Schülern keine Seltenheit. Schüler an Fachoberschulen und Berufsoberschulen haben ebenso Anspruch auf ein vollständiges und differenziertes Unterrichtsangebot wie Schüler vergleichbarer Schularten, um ihr Studium erfolgreich zu absolvieren.

### Bedeutung der beruflichen Bildung

Bei aller Bedeutung und Berechtigung der Themen des allgemeinbildenden Schulwesens, die nach der Wahl in Baden-Württemberg sicher nicht weniger werden, bleibt aber festzustellen, dass der Bereich der beruflichen Bildung in der bildungspolitischen Diskussion und in der öffentlichen Wahrnehmung bei Weitem nicht den Platz einnimmt, der ihm gebührt. Bei der dreistündigen Landtagsanhörung zum Thema „Perspektiven der beruflichen Schulen“ habe ich versucht, auf die deutlichen Benachteiligungen hinzuweisen und Gleichstellung gefordert. In den anstehenden parlamentarischen Gesprächen mit den Landtagsfraktionen wird der VLB die Themen weiter vertiefen. Die bayerische berufliche Bildung ist leistungsstark, sorgt dafür, dass die jungen gut ausgebildeten und motivierten Menschen in Bayern gute Zukunftschancen haben. Sie hat sicher auch ihren Beitrag dazu geleistet, die zurückliegende Wirtschaftskrise der Jahre 2009 und 2010 im nationalen und internationalen Vergleich relativ gut zu bewältigen. Dies soll auch bei einem Gespräch zum

Ausdruck kommen, das Ministerpräsident Horst Seehofer gemeinsam mit Staatsminister Dr. Spaenle und den Vorsitzenden der großen Lehrerverbände führen will.

### Richtlinien für die dienstliche Beurteilung und die Leistungsfeststellung der staatlichen Lehrkräfte an Schulen in Bayern

Noch sind die Beurteilungen aus dem Jahr 2010 nicht rechtskräftig und schon werden im Kultusministerium aufgrund der Dienstrechtsreform die Beurteilungsrichtlinien 2014 entworfen. Die abl-Verbände (Arbeitsgemeinschaft bayerischer Lehrerverbände) und die Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalräte vertreten die Auffassung, dass die gesetzliche Vorgabe der Beurteilung bis Dienstende nicht richtig ist. Sie ist auch in der vorgesehenen Form ineffektiv, zumal die Beurteilung sehr arbeitsaufwändig ist, aber im Alter von 60+ keine Konsequenzen mehr hat, selbst als Personalführungsinstrument. Die abl-Verbände und die Hauptpersonalräte fordern deshalb, dass nach fünf periodischen Beurteilungen, also nach der 6. periodischen Beurteilung grundsätzlich ein „vereinfachtes“ Beurteilungsverfahren durchgeführt wird. Auf Antrag oder aus dienstlichen Gründen ist weiterhin eine „Regelbeurteilung“ mit Verwendungseignung durchzuführen.

### Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung

Durch die Öffnung des Hochschulzugangs mit Gesetz vom 07. Juli 2009 steht die Durchlässigkeit als neue Aufgabe der Hochschulen im Focus. Dadurch sollen mehr Menschen mit beruflicher Qualifikation an die Hochschulen gebracht werden und eine kontinuierliche Weiterqualifikation auf akademischem Niveau ermöglicht werden. Lebenslanges Lernen und Studienangebote für beruflich qualifizierte stehen im Mittelpunkt. Unterstützt und begleitet wird dieses Gesetz durch das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Aktuelle Herausforderungen sind dabei:

- > Vorbereitung auf das Studium,
- > Anerkennung von Kompetenzen,
- > Finanzielle Förderung und
- > Didaktische und fortlaufende Betreuung.

Für das letzte Drittel im Schuljahr 2010/11 wünsche ich Ihnen viel Kraft und Gesundheit bei der Bewältigung der zahlreichen Prüfungsaufgaben und Abschlussarbeiten. Ich denke auch an unsere zahlreichen Pensionäre, die unserem Verband die Treue halten und wünsche Ihnen einen angenehmen Ruhestand.

Ihr  
*Jürgen Wunderlich*

Jürgen Wunderlich  
VLB-Landesvorsitzender

### Vertikale Durchlässigkeit:

## Viele bayerische Hochschulen stehen noch auf der Anrechnungsbremse

MANFRED GREUBEL

An dieser Thematik interessierte Leser werden sicherlich den von mir angekündigten Artikel zur Verbesserung der vertikalen Durchlässigkeit von den beruflichen Bildungsgängen hin zu den Hochschulen vermisst haben. Der nachfolgende Artikel ist fokussiert auf die Anrechnung von außerhalb der Hochschule in beruflichen Bildungsgängen erbrachten Leistungen auf ein Hochschulstudium. Es geht somit über die mit der Änderung der Qualifizierungsverordnung im Jahre 2009 geschaffene Möglichkeit für berufliche Qualifizierte zur Aufnahme eines Studiums weit hinaus. Neben der Attraktivitätssteigerung für berufliche Hochqualifizierte zur Aufnahme eines Studiums geht es auch um die Wertigkeit der beruflichen Bildung. Es ist unbestritten, dass mit dem Ausbau der vertikalen Durchlässigkeit die berufliche Bildung nur gewinnen kann. Doch das Pflänzlein ist noch zart und muss sich noch kräftig entwickeln.

Obwohl die Grundlagen (siehe Abb. 1) für die Anrechnung von außerhalb der Hochschule erworbenen Kompetenzen bereits vor ca. zehn Jahren geschaffen wurden, ist es bis heute leider nur in sehr geringem Umfang der Fall, dass sich die bayerischen Hochschulen in dieser Frage bewegen (siehe Abb. 3). Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik muss sich jedoch intensiver als bisher dieser Thematik annehmen. Für diese Forderung gibt es mehrere Gründe.

### Gründe für eine Anrechnung

Die für das berufliche und das hochschulische Bildungssystem verantwortlichen Ministerien müssen sich dafür einsetzen, dass beide Bildungssysteme stärker kooperieren. Bisher ist ein weitgehend unverbundenen Nebeneinander festzustellen. Der Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung hat in einer am 15. Dezember 2010 veröffent-

lichten Empfehlung festgestellt, dass dies „aus volkswirtschaftlicher- und betriebswirtschaftlicher, bildungspolitischer und

individueller Sicht nicht zufrieden stellend“ ist. Im Einzelnen lassen sich folgende Gründe für ein intensiveres Mitei-

#### Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 28.06.2002

##### Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium (I)

1. Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten können im Rahmen einer – ggf. auch pauschalisierten – Einstufung auf ein Hochschulstudium angerechnet werden, wenn
  - 1.1 die für den Hochschulzugang geltenden Voraussetzungen – ggf. auch über die Möglichkeiten des Hochschulzugangs für besonders qualifizierte Berufstätige gewährleistet werden
  - 1.2 sie nach Inhalt und Niveau dem Teil des Studiums gleichwertig sind, der ersetzt werden soll;
  - 1.3 entsprechend den Grundsätzen des neuen Qualitätssicherungssystems im Hochschulbereich die qualitativ-inhaltlichen Kriterien für den Ersatz von Studienleistungen durch außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen der Akkreditierung überprüft werden.
2. Außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten können höchstens 50 % eines Hochschulstudiums ersetzen.

#### Beschluss des HRK-Plenums vom 08.07.2003

##### Empfehlung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, der Konferenz der Kultusminister der Länder und der Hochschulrektorenkonferenz an die Hochschulen zur Vergabe von Leistungspunkten in der beruflichen Fortbildung und Anrechnung auf ein Hochschulstudium

In der von Bund und Ländern am 19. Juni 1999 unterzeichneten Bologna-Erklärung bekräftigen sie folgende Zielsetzung: „... Einführung eines Leistungspunktesystems – ähnlich dem ECTS – als geeignetes Mittel größtmöglicher Mobilität der Studierenden. Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt ...“.

Mit Beschluss vom 28.06.2002 hat die Kultusministerkonferenz die Möglichkeit eröffnet, außerhalb des Hochschulwesens erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten im Rahmen einer – ggf. auch pauschalisierten – Einstufung in ein Hochschulstudium anzurechnen und die Voraussetzungen präzisiert, unter diesen eine solche Anrechnung erfolgen kann. Die Hochschulen werden aufgerufen, unter Berücksichtigung der Vorgaben des Beschlusses der KMK vom 28.06.2002 Leistungspunkte, die für gleichwertige Studien- und Prüfungsleistungen in der beruflichen Bildung vergeben wurden, in einer Höhe anzurechnen, die den Leistungsanforderungen des jeweiligen Studienganges entspricht.

#### Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.09.2008 i. V. mit Beschluss vom 28.06.2002

##### Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium (II)

1. Die Hochschule prüft anhand der von dem Bewerber vorgelegten Unterlagen zu seiner Qualifikation, ob und in welchem Umfang diese Qualifikationen Teile des Studiums nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind und damit diese ersetzen können. Die Prüfung erfolgt individuell im Einzelfall.
2. Bei homogenen Bewerbergruppen – z. B. im Rahmen von konkreten Kooperationsabkommen zwischen Hochschule und beruflicher Ausbildungseinrichtung – kann die Anrechnung von außerhalb des Hochschulwesens erworbenen Kenntnissen und Fähigkeiten auch pauschal erfolgen.
3. Die Anrechnung von Kenntnissen und Fähigkeiten kann auch in Form einer Einstufungsprüfung erfolgen. In diesen Fällen wird in einem förmlichen, durch Prüfungsordnung geregelten Prüfungsverfahren der individuelle Kenntnisstand eines Bewerbers geprüft mit dem Ziel, ihn in ein höheres Fachsemester einzustufen, sodass ein im Einzelfall bestimmter Anteil des Studiums durch außerhochschulische Leistungen ersetzt wird.

Die Anrechnung außerhalb des Hochschulwesens erworbener Kenntnisse und Fähigkeiten auf ein Hochschulstudium ist getrennt zu sehen von der Frage der Hochschulzugangsberechtigung, die immer Voraussetzung für die Aufnahme eines Studiums ist, wobei Zugangsprüfung und Einstufungsprüfung verfahrenstechnisch und organisatorisch verbunden werden können.

Abb. 1: Grundlagen für eine Anrechnungsmöglichkeit.

inander und somit für eine Verbesserung der momentanen Situation aufführen, die zum Handeln mahnen:

- > Forderung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung;
- > Die demografische Entwicklung und der sich abzeichnende Fachkräftemangel bedrohen die Innovations- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft – es fehlen aktuell im Ingenieurbereich mehr als 50.000 Stellen;
- > Vermeidung von Redundanzen und somit Schonung von volkswirtschaftlichen Ressourcen;
- > Höhere Motivation von beruflich Hochqualifizierten, ein Studium aufzunehmen, da Zeit und Kosten gespart werden;
- > Beruflich Hochqualifizierte sind für die Hochschulen wegen der umfangreichen Erfahrungen und Kompetenzen sowie einer starken Zielorientierung eine attraktive Zielgruppe;
- > Es können dadurch Anreize für lebenslanges Lernen geschaffen werden.

Diese Aufzählung soll nur die wesentlichsten Gründe aufführen und erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Es ist jedoch zu erkennen, dass die traditionelle Grenzziehungen zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung noch stärker aufweichen müssen. Dabei sollte nicht der eine auf den anderen warten, sondern es müssen beide Parteien stärker aufeinander zugehen.

Sollte der gute Wille seitens der Hochschulen vorhanden sein, so stellt sich sofort die Frage, ob eine Anrechnung unter Berücksichtigung der Qualitätssicherung überhaupt machbar ist. Diese Frage soll durch die bisher vorliegenden Ergebnisse der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Jahre 2005 gestarteten Förderinitiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge (ANKOM)“ erörtert werden. Zu begrüßen ist auch das vom Land Niedersachsen bis Ende 2012 mit 3,2 Mio. geförderte Modellvorhaben „Offene Hochschule“. Übergeordnetes Ziel ist die Entwicklung von passenden Studienbedingungen und -formate für Berufstätige sowie Verfahren zur Anerkennung von Kenntnissen und Kompetenzen, die au-

#### Fragebogen zur Erhebung von Kooperationen mit Hochschulen

1. Bestehen an Ihrer Schule Kooperationen mit einer Hochschule?  
 ja  nein  
 Wenn ja, mit welcher Hochschule?  
 Wenn nein, planen Sie in naher Zukunft eine Kooperation?
2. Welche beruflich erworbenen Inhalte werden auf das affine Hochschulstudium angerechnet?
3. Wie viel Prozent des Gesamtstudiums entspricht dies?
4. Welches Anrechnungsverfahren liegt Ihrer Kooperation zugrunde?  
 individuell  pauschal  
 Bitte, beschreiben Sie Ihr Verfahren.

Abb. 2: Fragebogen zur Erhebung bestehender Kooperationen.

#### Erhebung von Kooperationen mit Hochschulen – Auswertung von 112 Fragebögen

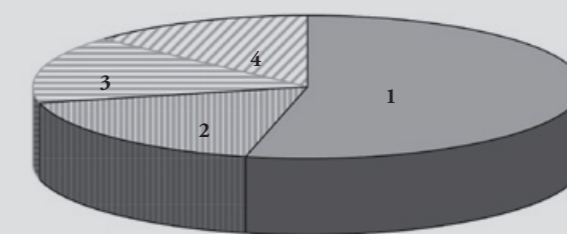


Abb. 3: Ergebnis der Umfrage.

ßerhalb des Hochschulsystems erworben wurden. Die bereits durch die ANKOM-Projekte gewonnen Erkenntnisse sollen berücksichtigt werden.

### Die Ankom-Initiative – Zielsetzung

Diese Initiative hat das Ziel, Übergänge zwischen den Bildungsinstitutionen zu ebnet und Wege aufzuzeigen, wie bei hochqualifizierten, berufserfahrenen Studierwilligen bereits vorhandene Qualifikationen und Kompetenzen auf das Studium angerechnet werden können.

Es starteten im September 2005 elf Projekte aus den Bereichen Information- und Telekommunikation (TU Darmstadt; TU Braunschweig), gewerblich-technisch (IHK Bildungszentrum Stralsund; TU Ilmenau; Uni Hannover), kaufmännisch (Uni Duisburg-Essen; Uni Oldenburg; FH Bielefeld) und Soziales und Gesundheit (ASFH Berlin; Uni Lüneburg; FH Bielefeld). Die wissenschaftliche Begleitung erfolgte

vom Hochschul-Informationssystem GmbH (HIS) und dem Institut für Innovation und Technik der VDI/VDE Innovation + Technik GmbH. Im Mittelpunkt standen die bundesrechtlich geregelten Fortbildungen zum/zur Techniker/in, zum/zur Betriebswirt/Betriebswirtin, zum/zur Fachwirt/Fachwirtin und zum/zur Meister/in sowie die Weiterbildungen des Gesundheits- und Sozialwesens. Aufgabe der Projekte war es, herauszufinden,

- > ob die entwickelten Anrechnungsverfahren übertragbar sind,
- > gewonnenen Anrechnungslösungen robust und nachhaltig sind,
- > Anrechnung für alle Beteiligte erkennbare Vorteile bringen,
- > Anrechnungswege „einfach“ sind und
- > Anrechnung Äquivalenz sichert.

Um die notwendigen Erkenntnisse zu gewinnen, wurden Ausbildungs-, Fortbildungs-, Prüfungsverordnungen, Aus-

bildungsrahmenpläne/Rahmenlehrpläne auf beruflicher Seite und Modulhandbüchern, Prüfungsverordnungen sowie Durchführungsbestimmungen der Hochschule hinsichtlich der Lernergebnisse (learning outcomes) miteinander verglichen.

### Anrechnungsmodelle

Bei der Entwicklung von Anrechnungsverfahren geht es darum, herauszufinden, welche außerhochschulisch erworbenen Kompetenzen äquivalent sind zu den curricular angestrebten Lernergebnissen eines einem Studiengang zugeordneten Moduls und wie die Äquivalenz von Kompetenzen und Lernergebnissen methodisch und methodologisch bestimmt werden kann. Wesentliche Bausteine der Modelle sind eine ausführliche Lernergebnisbeschreibung und eine sich anschließende Äquivalenzprüfung. Es soll herausgefunden werden, wie von der Beantragung, über die Äquivalenzfeststellung bis zur tatsächlichen Anrechnung von außerhalb der Hochschule erbrachten gleichwertigen Studien- und Prüfungsleistungen vorzugehen ist. Es lassen sich drei Verfahren anwenden.

Für alle Anrechnungsmodelle gilt, dass die Hochschule letztendlich über die Anrechenbarkeit entscheidet. Ein wesentlicher Faktor, um dies zu erreichen, ist der Aufbau von Vertrauen in die Ausbildungsqualität des jeweils anderen Bildungsteilsystems. Dies wird wesentlich durch ein transparentes Qualitätssicherungs-/managementsystem verstärkt.

### Pauschales Verfahren

Das pauschale Verfahren besteht aus drei voneinander unterscheidbaren Prozessen:

- > auf der Grundlage der Curricula und Prüfungsordnungen der Fortbildungen sowie der Modulbeschreibungen und Prüfungsordnungen der Studiengänge wird festgestellt, inwieweit die Inhaltsbereiche abgedeckt sind.
- > Daraufhin werden die Äquivalenzen für niveaugleiche Lernergebnisse gemäß EQF identifiziert. Dies kann mit einer Kompetenzmatrix erfolgen.
- > Im dritten Schritt wird für die Kom-

petenz-Äquivalenzen die Anzahl an Kreditpunkten vergeben, die den Lernergebnissen der Studiengänge entsprechen.

Pauschale Anrechnung bedeutet somit, dass jeder Inhaberin / jedem Inhaber des Fortbildungsabschlusses bestimmte Module, die im Rahmen einer Äquivalenzprüfung dieses Abschlusses mit einem bestimmten Studiengang ermittelt wurden, für diesen überprüften Studiengang angerechnet werden, ohne weitere Überprüfung der Bewerberin bzw. des Bewerbers. Die einmalig vor der Beantragung stattgefundene Gleichwertigkeitsprüfung der Lernergebnisse dieser beiden Bildungsgänge wird allen Inhabern und Inhaberinnen des Fortbildungsabschlusses für diesen Studiengang als bereits erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen gut geschrieben.

### Individuelles Anrechnungsverfahren

Das individuelle Anrechnungsverfahren erfolgt z. B. über ein Portfolio in dem der/die Studierende Belege und Nachweise über Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen zusammenstellt. Dies bildet die Grundlage für das individuelle Äquivalenzprüfverfahren. Anhand dieser Belegsammlung prüft der für das Modul oder für die Lehrveranstaltung verantwortliche Hochschullehrende die Anrechnungsmöglichkeit. Häufig ist mit diesem Prüfverfahren ein Assessment verbunden. Dies ist bisher die gängige Hochschulpraxis, um entweder an anderen (nationalen/internationalen) Hochschulen erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen oder in der beruflichen Bildung und Praxis erworbene Kenntnisse und Fertigkeiten angerechnet zu bekommen. Der Prüfer schlägt dann dem Prüfungsausschuss des Studienganges die Anrechnung der Kreditpunkte für das Modul vor.

### Kombiniertes Verfahren

Die Kombination aus pauschalen und individuellen Elementen eines Anrechnungsverfahrens stellt eine Regelung dar, die es ermöglicht, dass außerhalb der Hochschule erworbene Lernergebnisse der Studierenden als Äquivalenzen von erforderlichen Studien und Prüfungslei-

stungen angerechnet werden können. Im ersten Schritt steht die mehrfache Durchführung individueller Verfahren (Einzelprüfung) zur Feststellung von Äquivalenzen zwischen Fortbildungsabschluss und Hochschulstudium an. Damit wird oftmals die Grundlage für das Vertrauen in äquivalente Schnittmengen der beiden Bildungssektoren gelegt, auf der im zweiten Schritt durch Auswertung der wiederkehrenden positiven Prüfergebnisse dann Äquivalenzen im Hinblick auf eine pauschale Anrechnung abgeleitet werden können und zu einer pauschalen Anrechnung übergegangen wird.

### Ergebnisse

Bereits im Mai 2009 informierte die wissenschaftliche Begleitung auf der „ANKOM-Abschlussstagung zu Anrechnung – Durchlässigkeit – Lebenslanges Lernen“ in Berlin über die ersten Ergebnisse. Im Januar 2011 hat die HIS nun eine ausführliche Darstellung (Anrechnungsmodelle, Generalisierte Ergebnisse der ANKOM-Initiative) herausgegeben. Insgesamt wird festgestellt: Entwicklungsaufgabe erfüllt: Es funktioniert! Der Machbarkeitsnachweis (proof of concept) für die Anrechnung beruflich erworbener Lernergebnisse auf Hochschulstudiengänge ist erbracht.

Dies bedeutet, dass trotz der unterschiedlichen Bildungssettings der beruflichen und hochschulischen Bildung es Schnittmengen an gleichwertigen Lernergebnissen gibt. Beruflich erworbene Qualifikationen sind in den Hochschulbereich transferierbar und anrechenbar. Es konnten Methoden für die Lernergebnisbeschreibung und die Äquivalenzbestimmung entwickelt und erfolgreich erprobt werden. Die Übertragung der Methoden und Verfahren ist grundsätzlich möglich. Hierzu stehen die im Ansatz o. g. erprobten und angewandten Verfahren zur Verfügung. Interessierte Hochschulen können nun darauf zurückgreifen und sie entsprechend den jeweiligen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten anpassen.

Abschließend wird in der Veröffentlichung festgestellt: „Diese skizzierten Maßnahmen verdeutlichen, dass man mit qualitätsgesicherten Verfahren für Anrechnung noch nicht am Ziel von

mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung angekommen ist. Doch sie haben den Boden dafür bereitet.“

Wer sich über den Modellversuch näher informieren will, dem ist ein Besuch auf der homepage von Ankom [www.ankom.de](http://www.ankom.de) zu empfehlen.

### Bestehende Kooperationen in Bayern

Die Anrechnungsdebatte nimmt Fahrt auf. Um einen Überblick über die bestehenden Modelle zu erhalten, fanden zwei deutschlandweit angelegte Bestandsaufnahmen statt. Die eine wurde vom BLBS und die andere vom Bundesinstitut für Wirtschaft und Technologie durchgeführt (Ergebnisse dieser Studien liegen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels noch nicht vor). Letztere Untersuchung beschäftigt sich mit dem Thema „Karrieremöglichkeiten in der beruflichen Bildung – insbesondere die Techniker-Ausbildung“. Aus diesen Umfragen sollen Erkenntnisse darüber gewonnen werden, wie eine Zusammenarbeit von beruflichen Schulen und Hochschulen gelingen könnte.

Angeregt durch diese beiden Initiativen startete ich eine eigene Umfrage, um einen Überblick darüber zu erhalten, wie die bayerischen beruflichen Schulen bei der Frage der Anrechenbarkeit vorangekommen sind. Es wurden im Januar 2011 alle beruflichen Schulen angeschrieben und um Beantwortung eines Fragebogens (siehe Abb. 2) gebeten. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an all diejenigen, die den Fragebogen zurücksandten und damit einen aktiven Beitrag für die weiteren notwendigen Schritte hin zu mehr Anrechnungsmöglichkeiten geleistet haben.

### Ergebnisse

Von den angeschriebenen Schulen haben 112 geantwortet. Erfreulicherweise pflegen 32 Schulen eine Kooperation mit Hochschulen. Von den übrigen 80 Schulen planen jedoch 20 in naher Zukunft eine Zusammenarbeit (siehe Abb. 3). Teilweise bestehen bereits intensive Verhandlungen vor allem mit Fachhochschulen. Es ist auch zu erkennen, dass einige Schulen sehr gerne weitere Informationen und Handlungsanleitungen hät-

ten. Dies greife ich auf und werde eine geeignete Form der Hilfestellung erarbeiten.

Von den Schulen mit bestehender Kooperation haben es 15 geschafft, eine Anrechnung der bereits an ihrer Bildungseinrichtung erbrachten Leistungen auf ein Hochschulstudium zu erreichen. Der Umfang streut dabei von 5 bis 40 Prozent. Ein hoher Prozentsatz ist vor allem im Bereich der Erzieherinnen-ausbildung gegeben. Bei der Frage nach dem Anrechnungsverfahren geben neun Schulen an, dass das individuelle Verfahren angewandt wird. Lediglich bei sechs Schulen kommt das weniger aufwendige pauschale Verfahren zum Einsatz. Nicht untersucht wurde das Anrechnungsverhalten der inländischen zu den ausländischen Hochschulen und der staatlichen zu den privaten. Wegen der zunehmenden Mobilität im europäischen Bildungsraum wäre dies sicher interessant.

### Empfehlungen

Die folgenden Empfehlungen sind insbesondere an die beruflichen Schulen gerichtet, denn von diesen – so zeigt die Erfahrung – muss der Anstoß für eine Kooperation mit den Hochschulen kommen. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Hochschulen den ersten Schritt gehen. Optimal wäre es, wenn es gelänge, dass Vertreter von Hochschulen und von beruflichen Bildungseinrichtungen auf bayerischer Ebene Arbeitskreise einrichten würden, die sich mit der Entwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Durchlässigkeit beschäftigen.

Bei der Frage des geeigneten Anrechnungsmodells kann keine generelle Aussage getroffen werden. Liegt z. B. eine hohe Affinität zwischen beruflicher Vorqualifikation und Studiengang vor, kann eine pauschale Anrechnung oder ein kombiniertes Verfahren, angegangen werden. Liegt dies nicht vor, ist es ratsam, mit der Umsetzung eines individuellen Anrechnungsverfahrens zu beginnen, um das erforderliche Vertrauen bei den Hochschulangehörigen zu schaffen, um dann nach ausreichend positiver Praxis zu einem pauschalen Anrechnungsmodus überzugehen zu können. Falls ein individuelles Anrechnungsverfahren beabsichtigt ist, sollte seitens der Hoch-

schule die Möglichkeit einer Beratung hinsichtlich der Portfolioerstellung angeboten werden. Dies ist auch ein Anliegen des Hauptausschusses des BIBB. In der Empfehlung zur Förderung der Durchlässigkeit zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung regt er an, dass die Hochschulen die beruflich Qualifizierten „offensiver über die Möglichkeiten einer Studienaufnahme sowie einer Anrechnung der außerhalb von Hochschulen erworbenen Kompetenzen informieren und beraten“ sollten.

An dieser Stelle sei angemerkt, dass Vertrauen der Schlüssel zum Erfolg ist. Dies gilt vor allem dann, wenn die Lehrpläne der beruflichen Schulen sehr offen gehalten und nicht kompetenzorientiert aufgebaut sind. Trotz aller Schwierigkeiten bei einer qualitätsorientierten Abstimmung, sollte ein pauschales Anrechnungsverfahren wegen des geringeren Folgeaufwands auf jeden Fall angestrebt werden. Bei der Wahl der Instrumente für die Äquivalenzprüfung von Lernergebnissen sollten die von Ankom erprobten ausgewählt und auf die Gegebenheiten vor Ort angepasst werden.

Damit nachhaltiges Vertrauen geschaffen werden kann, ist nach der Entwicklung, Erprobung und Anwendung der Verfahren zur pauschalen und individuellen Anrechnung nach einer gewissen Zeit eine Evaluation der Modelle und Instrumente notwendig.

Wünschenswert wäre für ein erfolgreiches Studium der Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen z. B. „Brückenkurse“ zur fachlich-inhaltlichen (z. B. Mathematik, Fremdsprachen) oder methodischen (z. B. Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens) Vorbereitung oder Flankierung des Studiums.

Zwar ist die Anrechnung geprägt durch die bestehende Autonomie und der damit verbundenen akademischen Freiheit der Hochschulen stark von deren Bereitschaft abhängig, doch liebe Kolleginnen und Kollegen lassen Sie sich trotzdem nicht davon abhalten, den Kontakt mit den Hochschulen – insbesondere den Fachhochschulen wegen der höheren Erfolgsaussicht – zu suchen. Es gibt ja Beispiele, die erfolgreich – wenn auch nicht immer im gewünschten Umfang – sind. ■

## kurz&knackig

### „Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen“

ALEXANDER LIEBEL

Über eine halbe Million Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich an der Online-Bürgerbefragung „Zukunft durch Bildung – Deutschland will's wissen“, die im März 2011 abgeschlossen wurde. Initiatoren der Befragung waren Roland Berger Strategy Consultants, die Bertelsmann Stiftung, BILD und Hürriyet, die größte türkischsprachige Tageszeitung in Europa. Das renommierte Meinungsforschungsinstitut TNS Infratest war für die Durchführung verantwortlich, der Fragebogen wurde von der Bertelsmann Stiftung in Zusammenarbeit mit Bildungsexperten erstellt. Die rund 30 Fragen befassten sich mit allen Bereichen des Bildungssystems.

Für den eiligen Leser eine thesenartige Zusammenfassung der Ergebnisse:

1. Bildung und Ausbildung haben für die Befragten einen hohen Stellenwert – zugleich ist die Unzufriedenheit mit dem deutschen Bildungssystem groß
2. Der größte Handlungsbedarf liegt im Bereich Schule
3. Der Politik wird keine Bereitschaft zu grundlegenden Reformen zugetraut
4. Zentrale Aufgabe des Bildungssystems ist es, sozialen Aufstieg möglich zu machen
5. Die Bürger sind bereit, sich stärker an der Finanzierung des Bildungssystems zu beteiligen
6. Befragte fordern strukturellen Wandel im Bildungssystem
7. Ganztagesunterricht ist das bevorzugte Schulmodell
8. Gewünscht wird mehr Einheitlichkeit im deutschen Bildungswesen
9. Es gibt in der Bevölkerung noch keine Mehrheiten für umfassende Inklusion
10. Es gibt eine knappe Mehrheit für eine bedarfsorientierte Ressourcenausstattung im Bildungssystem (Keine „Gießkanne“).

Nach Auskunft der „Macher“ ist die anonyme Umfrage nicht repräsentativ, weil die Befragten nicht zufällig ausgewählt wurden (jeder der wollte konnte mitmachen), aber nach der Teilnehmerzahl die größte Umfrage zum Thema Bildung, die es in Deutschland gab. Eine intensive Auseinandersetzung mit der Umfrage ist in jedem Fall empfehlenswert, wenn man sich für das Thema Bildung interessiert. Eine ausführliche Darstellung findet man unter [www.bildung2011.de](http://www.bildung2011.de)

Termin bitte vormerken!

### Fachbereichstagung Wirtschaft und Verwaltung

am Samstag,  
22. Oktober in Bamberg

Vorgesehenes  
Programm

Ab 9.00 Uhr  
Lehr- und Lernmittelschau

10.00 Uhr  
Begrüßung  
Alexander Liebel,  
stellvertr.  
VLB-Landesvorsitzender

10.15 Uhr  
Hauptreferat  
Perspektiven des beruflichen  
Schulwesens  
Mdtg. German Dennborg

12.00 Uhr  
Mittagspause

13.00 Uhr  
Arbeitskreise und  
Fachgruppen

Weitere Informationen folgen.

VLB fordert:

## „Beamte wollen Teilhabe am Aufschwung“



WOLFGANG LAMBL

Angesichts der hervorragend laufenden Konjunktur und weiterer guter Aussichten für die deutsche Wirtschaft sprudeln die Steuereinnahmen. Die Steuerschätzungen werden laufend nach oben korrigiert. Damit wird immer deutlicher, dass die von der Bayerischen Staatsregierung den Beamten verordnete „Minusrunde“ für das Jahr 2011 völlig überflüssig und überzogen ist.

### Beamte sollen 2011 leer ausgehen

Finanzminister Fahrenschon ruderte bei seiner Rede beim BBB-Delegiertentag am 8. April in Nürnberg schon deutlich zurück und kündigte baldige Besoldungsverhandlungen für das Jahr 2012 an.

Er sagte wörtlich: „Ich biete an, dass wir so schnell wie möglich, logischerweise erst in Kenntnis der Zahlen aus der Mai-Steuerschätzung, die Gespräche für die Bezügerunde 2012 aufnehmen. Mein Ziel ist es, ihnen so schnell wie möglich Klarheit darüber zu geben, wie sich die Situation in 2012 darstellt und, das darf ich auch in Abstimmung mit dem Ministerpräsidenten sagen, dass wir in der Frage, wie wir 2012 ausgestalten, die ausgefallene Bezügerunde 2011 auch in die Überlegungen miteinbeziehen.“

Angesichts der steigenden Steuereinnahmen und der weiterhin günstigen Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung haben die vom Landtag mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 ver-

abschiedeten Sparbeschlüsse jegliche Rechtfertigung verloren. Das gilt insbesondere für die Nullrunde in 2011, aber auch für die Absenkung der Besoldung der Berufsanfänger, die Verlängerung der Wiederbesetzungssperre und die Aussetzung der Leistungsbesoldung.

### BBB steigt in Verhandlungen mit Finanzminister ein

Der neu gewählte BBB-Vorstand traf sich am 18.05.2011 mit Finanzminister Georg Fahrenschon zu einem bereits im März verabredeten Spitzengespräch. Erklärtes Ziel war es, zeitnah zur Steuerschätzung die mit dem Doppelhaushalt 2011/2012 verabschiedeten Sparmaßnahmen erneut zu diskutieren.

An vorderster Stelle stand dabei die Anpassung der Besoldung der bayerischen Beamtinnen und Beamten. Dabei wurden alle Einzelheiten und Facetten der Problematik intensiv erörtert.

### „Baustellen“ werden verdeutlicht

Sehr deutlich wurden die verschiedenen „Baustellen“ aufgezeigt, die dringend angegangen werden müssen: Besoldungsanpassung, Rückgängigmachung der weiteren Sparmaßnahmen, Fortführung der Stellenhebungen im Rahmen des Neuen Dienstrechts. Insbesondere überbrachte er dem Finanzminister die in der vorigen Woche vom BBB-Hauptvorstand formulierte Besoldungsforderung:

- > eine Einmalzahlung in Höhe von 750 Euro, um schnellstmöglich den im Jahr 2011 aufgelaufenen Besoldungsrückstand aufzuholen,
- > eine lineare Erhöhung von 3,5 % der Bezüge ab dem 01.01.2012, mit der die Anhebungen im Tarifbereich auch für Beamte nachgezeichnet werden,
- > eine anschließende (Sockel)Erhöhung von 17 Euro.

### Finanzminister sieht für 2011 keinen Handlungsspielraum

Der Finanzminister erteilte jeglichen Korrekturen noch im Jahr 2011 eine ein-

deutige Absage. Die Steuereinnahmen des laufenden Jahres entwickelten sich gut, lägen aber immer noch unter denen des Jahres 2008.

Erst 2012 werde der Stand von 2008 wieder überschritten. Zudem lasse auch erst der Nachtragshaushalt 2012 eine Neugestaltung zu.

### Verhandlungen für 2012 aufnehmen

Gemeinsam wolle er jedoch mit dem BBB im Laufe des Jahres 2011 ein Konzept für 2012 erarbeiten. Beginnend mit dem 01.01.2012 könnten dann in mehreren Einzelschritten Zahlungen erfolgen. Dazu wurden weitere Gespräche vereinbart.

### Gleichstellung der Beschäftigtengruppen duldet keinen unangemessenen Aufschub

Der BBB stellte klar, dass nach einem spürbaren Einstieg zum 01.01.2012 nach Ansicht des BBB alle jetzt notwendigen Maßnahmen schnellstmöglich abgeschlossen werden müssen. Daneben dürften aber auch die weiteren angesprochenen „Baustellen“ nicht aus den Augen verloren werden.

### Der VLB und seine Personalratskandidaten bedanken sich für Ihre Wahlunterstützung.

Bei Redaktionsschluss lagen leider noch keine Ergebnisse vor – sie werden jedoch sobald wie möglich unter [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) abrufbar sein.

Im Juliheft werden wir das Ergebnis ausführlich kommentieren.

**VLB-Personalräte – stark an Ihrer Seite:**

## Personalratswahlen in der Landeshauptstadt München vom 12. bis 14. Juli 2011

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,*

vom 12. bis 14. Juli 2011 finden in der Landeshauptstadt München Personalratswahlen statt. Gewählt wird gleichzeitig auf folgenden drei Personalvertretungsebenen:

- > der Dienststellenpersonalrat für die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen,
- > der Referatpersonalrat für alle Beschäftigten des Referats für Bildung und Sport,
- > der Gesamtpersonalrat für alle Beschäftigten des Gesamtbereichs der Landeshauptstadt München.

Alle wahlberechtigten Kolleginnen und Kollegen wählen diese drei Ebenen der Personalvertretung. Der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen (VLB) ist in München, wie auch bei den früheren Personalratswahlen, eine Listenverbindung mit den anderen Lehrerverbänden eingegangen, da uns dieses Zusammenwirken stark macht.

**Auf der Wahlliste mit dem Titel „AML – Arbeitsgemeinschaft Münchner Lehrerverbände“** kandidieren die Kolleginnen und Kollegen des VLB sowohl auf der Beamten- als auch der Tarifbeschäftigtenliste für den Referatpersonalrat. Die Kooperation des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen mit den anderen Lehrerverbänden innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Münchner Lehrerverbände (AML) stärkt unsere Interessensvertretung und hat sich bei den vorhergehenden Personalratswahlen sehr bewährt.

**Für den Gesamtpersonalrat der Landeshauptstadt München kandidieren unsere VLB-Kolleginnen und -Kollegen auf der gemeinsamen Liste mit dem Titel „BfM – Bündnis für München“.** Auf dieser Liste stellen sich neben unseren Kandidatinnen und Kandi-

daten auch Beschäftigte aus den anderen Referaten der Stadtverwaltung zur Wahl.

Wir bitten Sie sehr herzlich um Ihre Unterstützung dieser Listen. Bitte wählen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten des VLB, die aus Ihren Kollegien vor Ort kommen. Es ist wichtig, dass der berufliche Schulbereich in den Personalratsgremien gut vertreten ist.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind erfahrene VLB-Vertreter/innen, die in aller Regel schon seit Jahren in den verschiedenen Personalratsgremien Erfahrungen sammeln konnten. Sie kennen die berechtigten For-

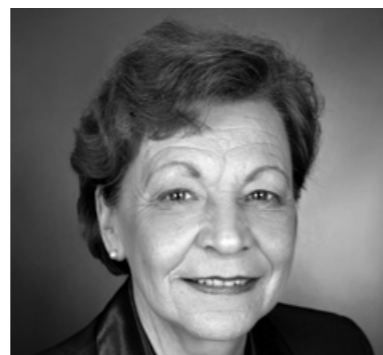
derungen der Lehrkräfte an beruflichen Schulen und wollen sich für die Kollegenschaft engagieren. Dies ist unter vielem anderem für die Abwehr der von der Stadtkämmerei geforderten Sparbeiträge ganz besonders wichtig.

Bitte beteiligen Sie sich an den Wahlen! Bitte votieren Sie für unsere Listen „AML“ und „BfM“, damit auch in den kommenden fünf Jahren sichergestellt ist, dass engagierte VLB-Vertreter/innen in die Entscheidungen eingebunden sind und Ihre berechtigten Interessen vertreten können.

## Unsere AML-Spitzenkandidatinnen und -kandidaten



Heidi Drexel, StD



Gerlinde Glas, FOL



Anton Maier, OStR



Edith Hutzelsieder, TB iVerwD

**Das AML-Team – wir tun was!**

**Unsere Ziele:**

- > Protest gegen die Absenkung der Eingangsbesoldung
- > Widerstand gegen die neue Beurteilungspraxis
- > Ausweitung der Altersteilzeit im Lehrerbereich
- > Senkung der Arbeitsbelastung
- > Beibehaltung bzw. Erweiterung von Teilzeitmöglichkeiten
- > Keine Nullrunden bei der Beamtenbesoldung
- > Kampf gegen Einsparungen im Sachmittelbereich
- > Bessere Arbeitsbedingungen an den Schulen
- > Angemessene personelle Ausstattung der Schulsekretariate
- > Ausreichende Versorgung mit qualifizierten Fachlehrkräften

**Unsere Erfolge – unser Service:**

- > Einzelfallberatung in allen dienstlichen Angelegenheiten
- > Betreuung von neu eingestellten Lehrkräften
- > Begleitung bei Beurteilungsgesprächen
- > Mehrtätige Schulungen für Personalräte
- > Kontinuierliche und umfassende Information der Kolleginnen und Kollegen
- > Hilfe bei Konflikten am Arbeitsplatz
- > Erfolgreicher Einsatz für die Beibehaltung der Altersteilzeit
- > Kontinuierlicher Einsatz für eine zeitgemäße EDV-Ausstattung an den Schulen

## Aktive Münchner Lehrkräfte wählen AML

Liebe Kollegen/innen  
Mehr denn je brauchen wir eine engagierte und couragierte Personalvertretung, die sich zum Wohle unserer Lehrkräfte an beruflichen Schulen einsetzt!  
**Wir bitten um Ihre Unterstützung!**

*Erich Baumann*

**Altersteilzeit für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis:**

## Die Qual der Wahl

WOLFGANG LAMBL

Mit KMS vom 05. April 2011 Az. IV.5-5P7004.6.1-4.5555 hat das Kultusministerium folgende Hinweise an die personalverwaltenden Stellen herausgegeben:

**Dauer der Altersteilzeit im Blockmodell**

Altersteilzeit nach Art. 91 BayBG muss sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestandes erstrecken. Der Eintritt in die Freistellungsphase ist stets nur möglich

- > zum Beginn eines Schuljahres (1. August) oder auch
- > zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres (Montag nach dem Ende des ersten Schulhalbjahres, das mit Ablauf des letzten Unterrichtstags der zweiten vollen Unterrichtswoche im Februar endet).

Altersteilzeit kann frühestens in dem Schuljahr beginnen, in dem die Lehrkraft das 60. Lebensjahr vollendet. Für schwerbehinderte Lehrkräfte im Sinne von § 2 Abs. 2 SGB IX, nicht für gleichgestellte behinderte Lehrkräfte im Sinne von § 2 Abs. 3 SGB IX, gilt abweichend hiervon das 58. Lebensjahr (Art. 91 Abs. 1 Satz 2 BayBG). Soweit nachstehend nichts Anderes geregelt ist, kommen danach folgende Ausgestaltungen der Altersteilzeit im Blockmodell in Frage, siehe untenstehende Tabelle.

Durch die niedrigere Altersgrenze für schwerbehinderte Lehrkräfte sind für diesen Personenkreis unter Umständen noch längere Laufzeiten möglich. Die

Lehrkräfte sollen über die möglichen Fallgestaltungen durch die Personalverwaltung und ggf. unter Einbeziehung der Personalvertretung beraten werden.

Abhängig von den kalendarischen Gegebenheiten des jeweiligen Schuljahres können die Schulhalbjahre dabei nicht automatisch mit 6 Monaten gleichgesetzt werden (z.B. 16. Februar 2013 bis 31. Juli 2013 oder 1. August 2013 bis 14. Februar 2014). Aus schulorganisatorischen Gründen kann das neue Modell mit einer Mindestlaufzeit von 1,25 Jahren frühestens mit einer ab 16. Februar 2013 beginnenden Freistellungsphase (zweites Schulhalbjahr des Schuljahres 2012/2013) beantragt werden. Erst ab diesem Zeitpunkt treten Lehrkräfte zum Halbjahr in den gesetzlichen Ruhestand. Erst dann treten hinsichtlich des Beginns der Freistellungsphase zum Schulhalbjahr schulorganisatorische Gründe (möglichst kein Wechsel der Lehrkraft zum Schulhalbjahr) zurück.

**Kombination von Altersteilzeit im Blockmodell mit Antragsruhestand nach Art. 64 Nr. 1 BayBG**

Eine Kombination von Altersteilzeit im Blockmodell und Antragsruhestand ist gemäß Art. 64 Nr. 1, Art. 91 Abs. 1 Satz 3 BayBG nur ausnahmsweise beim Vorliegen besonders schwerwiegender Gründe zulässig. Aus gegebenem Anlass wird darauf hingewiesen, dass die VV-Beamtr eine Aufzählung von „besonders schwerwiegenden Gründe“ enthalten (Abschnitt 10 Nr. 2.3.1.1 der VV-Beamtr vom 13.

Gesamtdauer der Altersteilzeit	Dauer der Ansparphase (60%)	Dauer der Freistellungsphase (40%)
1,25 Jahre	0,75 Jahre (9 Monate)	0,5 Jahre (ein Schulhalbjahr)
2,5 Jahre	1,5 Jahre	1 Jahr
3,75 Jahre	2,25 Jahre	1,5 Jahre
5 Jahre	3 Jahre	2 Jahre
6,25 Jahre	3,75 Jahre	2,5 Jahre

Juli 2009 (FMBl S. 190) geändert durch Bekanntmachung vom 18. November 2010 (FMBl S. 264): z. B. schwere Erkrankung der Beamtin bzw. des Beamten oder auch die tatsächliche Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen im Sinn von Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 BayBG. Die Personal verwaltende Stelle hat diesbezüglich eine Ermessensentscheidung unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalls vorzunehmen.

#### Altersteilzeit für Funktionsinhaber

Wie bisher ist Altersteilzeit im Teilzeitmodell nicht möglich für Schulleiter/Schulleiterin, Ständiger Stellvertreter/Stellvertreterin, Seminarrektor/Seminarrektorin, Beratungsrektor/Beratungsrektorin.

Für die Altersteilzeit im Blockmodell wird für Funktionsinhaber eine Höchstdauer im Umfang von 5 Jahren (3 Jahre Ansparphase und 2 Jahre Freistellungsphase) festgelegt. Damit bleibt die höchstmögliche Dauer der Freistellungsphase unverändert bei 2 Jahren. Es können zudem nur solche Modelle gewählt werden, bei denen der Eintritt in die Freistellungsphase auf den Beginn eines Schuljahres fällt (kein Beginn zum Schulhalbjahr).

#### Wegfall der Altersermäßigung

Durch die 60:40-Verteilung und der Festlegung, dass im Blockmodell die Freistellungsphase nur zum Schuljahr oder zum Schulhalbjahr beginnen kann, liegt der Beginn der Ansparphase in der Regel im Laufe eines Schuljahres. Die Bewilligung von Altersteilzeit hat den Verlust der Altersermäßigung zur Folge und damit eine Änderung der Unterrichtsverpflichtung während eines Schuljahres. Die damit zwar verbundenen, aber vergleichbar geringen schulorganisatorischen Folgen treten hinter der Notwendigkeit, die Freistellungsphasen nicht zu den unterschiedlichsten Terminen während eines Schuljahres beginnen zu lassen, zurück.

*Sollten Sie Fragen zur Altersteilzeit haben, wenden Sie sich an Ihre Bezirkspersonalräte oder an die VLB-Dienstrechtsabteilung (089) 59 52 70.* ■

#### Dienstrecht aktuell:

## Was dürfen Lehrkräfte für den Unterricht kopieren?

WOLFGANG LAMBL

An das Referat Dienstrecht des VLB wird immer wieder folgende Frage gerichtet: Was darf man kopieren? Von der Ständigen Konferenz der Kultusminister ([www.kmk.org](http://www.kmk.org)) und dem VdS Bildungsmedien wurde eine Information für Lehrerinnen und Lehrer mit allem Wissenswerten, herausgegeben, die darüber informiert, was geht und was nicht.

#### Neue Regeln für das Fotokopieren in Schulen

Es gelten neue Regeln für das „Fotokopieren in Schulen“. Die Grundlage hierfür ist eine Vereinbarung zwischen den Ländern und den Bildungs- und Schulbuchverlagen sowie den Verwertungsgesellschaften WORT, Bild-Kunst und Musikedition (die sich in der Zentrale Fotokopieren, ZFS, an Schulen zusammengeschlossen haben). Danach ist es den Lehrkräften auch weiterhin gestattet, Kopien für den Unterrichtsgebrauch zu fertigen, aber – Achtung – nur in einem ganz bestimmten Umfang.

#### Wie kam es dazu?

Zum 1. Januar 2008 wurde das Urheberrecht geändert. Danach dürfen Kopien aus Schulbüchern und sonstigen Unterrichtsmaterialien nur noch mit Zustimmung der Rechteinhaber gefertigt werden. Rechteinhaber sind die Bildungs- und Schulbuchverlage und deren Autoren.

#### Kopieren ja – aber geregelt.

Da die Lehrkräfte für ihren Unterricht auch künftig Fotokopien nutzen wollen (gerade auch aus Schulbüchern und sonstigen Unterrichtsmaterialien), haben die Bildungs- und Schulbuchverlage sowie die Verwertungsgesellschaften WORT, Bild-Kunst und Musikedition mit den Ländern eine Vereinbarung geschlossen. Darin wird den Schulen die Herstellung bestimmter Kopien in Klassensatz-

stärke gestattet. Die Vereinbarung regelt im Detail, was in welchem Umfang und zu welchem Zweck kopiert werden darf. Wichtig ist: Die Kopien dürfen Schulbücher und sonstige Unterrichtsmaterialien nicht ersetzen. Die Lehrkräfte sollen Kopien aber in einem sinnvollen Umfang nutzen dürfen. Die Lehrkräfte profitieren von dem neuen Fotokopiervertrag in zweifacher Hinsicht: Die Regelungen sind für den Unterrichtsalltag praktikabel. Und: Lehrerinnen und Lehrer erhalten Rechtssicherheit.

#### Wie lauten die neuen Regeln?

##### Lehrkräfte dürfen künftig kopieren:

1. bis zu 12 % eines jeden Werkes, jedoch maximal 20 Seiten. Das gilt wirklich für alle Werke, d.h. auch für Schulbücher, Arbeitshefte, Sach- und Musikbücher.
2. ganze Werke von geringem Umfang (mit Ausnahme von Schulbüchern und sonstigen Unterrichtsmaterialien).

##### Vollständig kopiert werden dürfen danach:

- > Musikeditionen mit maximal 6 Seiten,
- > sonstige Druckwerke (außer Schulbüchern und Unterrichtsmaterialien!) mit maximal 25 Seiten sowie
- > alle Bilder, Fotos und sonstige Abbildungen.

##### Zu beachten sind allerdings die folgenden Einschränkungen:

1. Es muss auf den Kopien stets die Quelle angegeben werden (Buchtitel, Verlag und Autor).
2. Aus jedem Werk darf pro Schuljahr und Klasse nur höchstens in dem oben beschriebenen Umfang kopiert werden.
3. Zulässig sind nur analoge Kopien. Die digitale Speicherung und ein digitales Verteilen von Kopien (z.B. per E-Mail) ist schon von Gesetzes wegen nicht gestattet und wird von der neuen vertraglichen Regelung ebenfalls nicht erfasst.

4. Fotokopien für den Schulchor, das Schulorchester oder -bands usw. (außerhalb des Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlunterrichts) fallen nicht unter die Regelungen dieses Vertrages. Wenn Kopien für diese Zwecke benötigt werden, muss beim Rechteinhaber (in der Regel der Verlag) die Erlaubnis hierzu eingeholt werden.

#### Was ist, wenn ich einen großen Kopienbedarf habe?

Schulen, die mehr Fotokopieren möchten als durch die neue Vereinbarung gestattet ist, können sich direkt an die betreffenden Verlage wenden. Diese stellen auf einfache Art und Weise ergänzende Fotokopierlizenzen zur Verfügung. Die Schulbuchverlage und Bildungsmedienhersteller bieten unterschiedliche Lizenzmodelle an – auch was das Digitalisieren und Abspeichern der Werke angeht. Die Lizenzgebühren sind in diesen Fällen direkt von den Schulen bzw. den Schulträgern zu entrichten. Bitte geben Sie bei Ihrer Anfrage an den Verlag an:

- > das Buch bzw. sonstige Medium, aus dem Sie vervielfältigen wollen mit ISBN oder Bestellnummer
- > den genauen Umfang, den Sie kopieren wollen (Kapitel- bzw. Seitenangaben)
- > den Rechnungsempfänger mit genauer Anschrift.

**Ist es zulässig, einen Auszug aus einem Deutschbuch zu kopieren?** Ja – und zwar bis zu 12 % des Romans – maximal aber 20 Seiten. Ist der Roman 200 Seiten stark, so dürfen also bis zu 20 Seiten kopiert werden (und nicht 24 Seiten [= 12 %]!).

**Darf ich ein Bild aus einem Fachbuch kopieren und an die Schüler verteilen?** Ja

**Darf ich ein Bild aus einem Fachbuch einscannen, in ein eigenes Arbeitsblatt integrieren und dieses dann vervielfältigen?** Nein. Durch das Einscannen entsteht eine digitale Kopie. Eine solche Kopie aus Unterrichtswerken ist nicht zulässig.

**Kann ich ein ganzes Kapitel aus einem Fachbuch kopieren?** Ja – sofern dieses

Kapitel nicht mehr als 12 % des Sachbuches bzw. nicht mehr als 20 Seiten umfasst.

**Aus einem Arbeitsheft mit 24 Seiten muss ich 8 Seiten für meinen Unterricht kopieren. Geht das?** Nein. Arbeitshefte sind Unterrichtsmaterialien. Sie werden eigens für den Unterrichtsgebrauch hergestellt. Daher gilt die 12 %-Grenze. Aus dem Arbeitsheft dürfen etwas mehr als 2,5 Seiten kopiert werden.

**Ich brauche 3 Artikel aus einer Tageszeitung, darf ich diese für meine Schüler kopieren?** Ja, sofern die Artikel jeweils nicht länger als 25 Seiten sind. Denn jeder Artikel stellt ein eigenes urheberrechtlich geschütztes Werk dar und kleine Werke von bis zu 25 Seiten dürfen vollständig kopiert werden.

**Kann ich eine Schullektüre komplett vervielfältigen?** Nein. Schullektüren werden eigens für den Unterrichtsgebrauch hergestellt. Daher gilt die 12 %-Grenze.

**Ich will das Kapitel „Weimarer Republik“ aus einem Schulbuch kopieren, welches nicht an unserer Schule eingeführt ist. Das Kapitel darf für die Schüler kopiert werden, solange es 12 % des Schulbuches bzw. maximal 20 Seiten nicht überschreitet.**

**Kann ich die Tabelle „Muslimische Bevölkerung in Europa“ aus einem Schulbuch einscannen und meinen Schülern via Laptop und Beamer zeigen?** Nein. Durch das Einscannen entsteht eine digitale Kopie. Eine digitale Kopie aus Unterrichtswerken für den Unterrichtsgebrauch ist nicht gestattet.

**Für meinen Fachunterricht möchte ich Texte und Bilder aus einem nicht eingeführten Fachbuch kopieren. Darf ich das?** Ja. Es dürfen bis zu 12 % des gesamten Geschichtsbuches (max. 20 Seiten) kopiert werden. Auch einzelne Bilder dürfen kopiert werden.

**Kann ich Seiten aus dem Internet herunterziehen, ausdrucken und in Klassensatzstärke kopieren?** Ja. Sofern lediglich bis zu 12 % (max. 20 Seiten) des

im Internet aufgefundenen Werkes ausgedruckt und kopiert werden und es sich dabei nicht um Inhalte aus Schulbüchern oder sonstigen Unterrichtsmaterialien handelt.

**Was ist, wenn ich aus einem schulischen Erdkunde-Atlas Vervielfältigungen einer Karte brauche?** Eine Karte ist wie eine Abbildung zu behandeln. Insofern ist die Kopie einer Karte zulässig.

**Wer darf für den Unterrichtsgebrauch kopieren?** Alle Lehrkräfte der staatlichen, kommunalen oder privaten Schulen im Sinne des Landesschulgesetzes. Kopieren dürfen die Lehrkräfte auf dem Schulkopierer oder einem eigenen Kopierer zu Hause. Sie dürfen die Kopien auch in einem gewerblichen Copyshop herstellen lassen.

**Was heißt „Klassensatzstärke“?** Die Lehrkraft darf Kopien für den Unterrichtsgebrauch in Klassensatzstärke herstellen. Danach darf für jeden Schüler der Klasse bzw. des Kurses eine Kopie angefertigt werden – mehr nicht.

**Wie viele Lieder kann man für den Unterricht kopieren?** Ein Liedtext ist ein geschütztes Werk. Es darf vollständig kopiert werden, solange es 6 Seiten nicht überschreitet. Ist es länger, so dürfen lediglich 12 % des Textes kopiert werden. Die Anzahl der Lieder ist nicht beschränkt. Jedoch dürfen aus der gleichen Musikedition nicht mehr als 12 % (maximal 20 Seiten) entnommen werden.

**Was sind Schulbücher, für die die „12-Prozent-Regel“ gilt?** Die „12-Prozent-Regel“ gilt für sämtliche Schulbücher und sonstigen Unterrichtsmaterialien. Hierzu zählen: das „klassische“ Lehrwerk, Kursmaterialien für die Oberstufe, Fachbücher für die berufliche Bildung, Arbeitshefte, Lernhilfen, deutsch- und fremdsprachige Lektüren, Atlanten, Übungsmaterialien etc.

**Kann ich bis zu 12 % eines Werkes (maximal 20 Seiten) auch für Tests oder Klassenarbeiten kopieren?** Nach herrschender Meinung soll dies für sämtliche schulischen Prüfungen zulässig sein. ■

VLB Referat Fachlehrer:

## Rosige Perspektiven für Fachlehrerinnen und Fachlehrer?

REINHARD KÜFFNER

Wie kann man gerade jetzt auf die Idee kommen, diese Frage in Bezug auf die Lage der Fachlehrer an beruflichen Schulen in Bayern zu stellen? Ist doch in letzter Zeit einiges geschehen: Nach langer Überzeugungsarbeit wurde das „erste begleitete Dienstjahr“ für frisch ausgebildete Fachlehrer endlich eingeführt; die Kürzung der wöchentlichen Unterrichtspflichtzeit bei einem entsprechenden Anteil rein theoretischen Unterrichts wurde erreicht; die Ausbildungszahlen am Staatsinstitut in Ansbach wurden erhöht. Und gerade weil diese Aufzählung noch nicht einmal vollständig ist, ist manchem die erneute Unzufriedenheit unter den Fachlehrern nicht sofort einleuchtend. Folgende Punkte bedürfen jedoch einer baldigen zufrieden stellenden Klärung:

### Sinkende Schülerzahlen

Mit wenigen Ausnahmen nehmen die Schülerzahlen auch an den Berufsschulen deutlich ab. Die notwendigen Zahlen zur Klassenbildung werden immer häufiger nicht mehr erreicht. Deshalb machen sich alle Verantwortlichen Gedanken, wie man dieser Entwicklung – vor allem auf dem flachen Land – Rechnung tragen kann.

Zwei grundsätzlich unterschiedliche Ansätze kristallisieren sich aktuell heraus: Zum Einen denkt man an Vergrößerung der Sprengel bei gleichzeitiger Verringerung der Standorte, zum Anderen an berufs- und/oder berufsfeldübergreifenden Unterricht. Natürlich hat keine der beiden Überlegungen nur Vorteile oder nur Nachteile.

> Im ersten Fall wäre das größte Plus die Beibehaltung größtmöglicher Fachbezogenheit in den Klassen. Aus didaktischer und bildungspolitischer Sicht wird dieser Vorteil wohl nicht angezweifelt. Als Nachteil empfinden einige Landesorganisationen der

Wirtschaft eine dann nicht mehr zu verhindernde Blockbeschulung. Auch die längeren Anfahrtswege würden viele Schülerinnen und Schüler stärker belasten.

> Im zweiten Fall könnten wesentlich mehr Schulstandorte erhalten bleiben, eine wohnort- und ausbildungsnahe Beschulung wäre möglich. Ein Nachteil wäre eine nicht zu vermeidende Oberflächlichkeit durch die zusätzlich notwendige didaktische Reduktion bei berufsfeldübergreifendem Unterricht. Außerdem darf man nicht vergessen, dass eine sinnvolle Planung des Unterrichts in den schulischen Lehrwerkstätten nahezu unmöglich würde. Trotzdem müssten die entsprechenden Einrichtungen vorgehalten werden. Der Einsatz von FL einer Fachrichtung an einem Standort würde nur noch an Berufsschulen mit größeren Einzugsbereichen möglich sein.

### Funktionsstellen und Aufstiegschancen

Die für die Weiterentwicklung des beruflichen Schulsystems Verantwortlichen – örtliche Schulentwicklungsteams, Fachbetreuungen, Schulleitungen, Schulaufsichtsbehörden sowie Entscheidungsträger im Kultusministerium, aber auch Ausbildungsbetriebe und deren Landesorganisationen müssen sich ohne Polemik fragen lassen, warum das bayerische System der dualen Berufsausbildung durch Ausbildungsbetriebe und berufliche Schulen so erfolgreich war und ist. Dieser Erfolg kommt doch einerseits durch die häufig sehr tiefe spezielle Ausbildung in den Betrieben und andererseits durch das Vermitteln von fachtheoretischen und fachpraktischen Lerninhalten in großer Breite durch Lehrerteams an den beruflichen Schulen. Wenn über die obigen Aussagen Einigkeit besteht, dann sollte man bei der Stärkung dieses Systems alle Beteiligten, also auch

die Gruppe der Fachlehrerinnen und Fachlehrer durch entsprechende Perspektiven mit einbeziehen. Und hier zeigt sich bereits ein erstes Problem: Die Einweisung in Funktionen für besonders qualifizierte FL wird immer schwerer. Geringere Schülerzahlen ergeben weniger Unterrichtsstunden im Bereich der „fachpraktischen Lerninhalte“ und dadurch zwangsläufig weniger Funktionsstellen. Wenn sich dann auch noch – wie schon verschiedentlich gehört – die Meinung durchsetzt, man brauche nicht unbedingt einen pädagogisch ausgebildeten FL, wahlweise könnte diesen Unterricht ein Meister nebenberuflich oder eine Kollegin, ein Kollege der Laufbahn ab A 13 erteilen, wird für die wenigen verbleibenden ausgebildeten FL ein Aufstieg nach A 12 ein Traum bleiben.

### Umsetzung des neuen Dienstrechts

Über die verschiedensten Punkte des neuen Dienstrechts kann sicher ausgiebig diskutiert werden. Manches ist gut gelungen, einiges kann nicht die Zustimmung aller Beteiligten erlangen. Aus Sicht der Fachlehrerinnen und Fachlehrer ist die eindeutig formulierte Möglichkeit eines Aufstiegs, z. B. nach A 13, eine zunächst absolut erfreuliche Neuerung. Der Teufel liegt aber auch hier wieder im Detail. Wie soll eine Lehrkraft aus der Ebene 3 (ehemals Gehobener Dienst) in die Ebene 4 (ehemals Höherer Dienst) aufsteigen, wenn diese trotz Weiterqualifizierung – in welcher Form auch immer – auf Grund der Situation an der Schule lediglich eine Beförderung nach A 11 erreichen kann? Das als Voraussetzung für einen Aufstieg notwendige „Bindeglied A 12“ würde demnach fehlen.

Deshalb muss es an dieser Stelle erlaubt sein, einen Vergleich der Aufstiegsmöglichkeiten an den beruflichen Schulen zu machen. Eine Lehrkraft aus der Ebene 3 hat bis dato nur eine Möglichkeit zu einer Beförderung nach A 12, wenn ihr eine Funktion (Fachbetreuung fachpraktischer Bereich) übertragen wird. Kolleginnen und Kollegen aus der Ebene 4 können innerhalb ihrer beruflichen Schule ebenso in eine Funktion als Fachbetreuer/in eingewiesen werden. Darüber hinaus aber können diese Lehrkräfte Seminarlehrer/innen, Mitar-

beiter/innen in der Schulleitung, stellvertretende Schul-leiter/innen, Schulleiter/innen, Mitglieder der Schulaufsicht an den Regierungen bis hin zum (r) leitenden Regierungs-schuldirektor/in werden. Schon allein die Länge der Aufzählungen zeigt eine deutliche Ungleichbehandlung was die Aufstiegsmöglichkeiten betrifft.

### Forderungen

- > Die Funktion eines Regionalmentors/ einer Regionalmentorin mündet nach den entsprechen den Wartezeiten in eine Funktion mit A 12.
- > Für vorqualifizierte bzw. weitergebildete Fachlehrer sind zusätzliche Funktionsstellen zu schaffen, z. B. als Koordinator für Fachlehrerangelegenheiten in der Schulleitung, als Systembetreuer oder als Fachbetreuer Sport, um nur einige zu nennen.
- > Die als Voraussetzung für die Übertragung einer Funktion auf Dauer gesicherte Zahl von 50 Unterrichtsstunden/Woche ist wegen des flächendeckend eingeführten Unterrichts in Lernfeldern grundsätzlich anders zu berechnen. Überall da wo fachtheoretische und fachpraktische Lerninhalte durch Lehrerteams gleichermaßen unterrichtet werden, sollten bei gesicherten 100 Stunden Fachunterricht/Woche, z. B. je eine Funktion für die Ebene 3 und eine für die Ebene 4 eingerichtet werden.

### Post skriptum

Abschließend möchte ich noch Positives aus Richtung Politik und Finanzverwaltung vermelden. Auf Bitten der Leitung des Staatsinstituts IV in Ansbach und besonders engagierter Fachlehreranwärter des laufenden Jahrgangs sowie des Referenten für FL-Angelegenheiten im VLB konnte erreicht werden, dass den künftigen Fachlehrerinnen und Fachlehrern ein möglichst großer Zeitraum ihrer beruflichen Erfahrung für die Einstufung angerechnet werden kann. Hier bedanke ich mich besonders bei der Vorsitzenden des Ausschusses „Öffentlicher Dienst“, MdL Ingrid Heckner, und Ministerialdirigent Wilhelm Hüllmantel aus dem bayerischen Finanzministerium für die Unterstützung. ■

Presseinformation des VLB:

## Gemeinsame Erklärung von LEV FOS und VLB zur Unterrichtssituation an Beruflichen Oberschulen in Bayern

Mit Verwunderung und Unverständnis reagierte sowohl die Landeselternvereinigung der Fachoberschulen Bayerns (LEV FOS) als auch der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) auf die Ankündigung von Kultusminister Spaenle, die mobile Lehrerreserve an Gymnasien um mehrere hundert Stellen zu erhöhen. Zwar sei es erfreulich, wenn Maßnahmen ergriffen werden, die die am Gymnasium herrschende gute Unterrichtsversorgung weiter absichern. Allerdings dürfe eine solche Maßnahme nicht zu Lasten anderer Schularten gehen. Die Berufliche Oberschule mit Fachoberschule und Berufsoberschule muss seit vielen Jahren Ausfall von Pflichtunterricht im Ausmaß von mehr als 1000 Stunden in jeder Woche hinnehmen. Obwohl es sich bei der Beruflichen Oberschule um eine Schulart handelt, an der ausschließlich Oberstufenunterricht erteilt wird, sind Klassen mit über 30 Schülern keine Seltenheit. Auf Grund der Tatsache, dass durch Wegfall des G 9 über 1800 Lehrkräfte frei werden, ist nun der Zeitpunkt gekommen, wenigstens 200 zusätzliche Stellen den Beruflichen Oberschulen mit ihren knapp 60.000 Schülern zuzuweisen, betonen Bernd Eckhardt, Vorsitzender der LEV FOS und Jürgen Wunderlich, Landesvorsitzender des VLB in einer gemeinsamen Erklärung. Immerhin werden mehr als 40 % der in Bayern ausgestellten Zeugnisse einer Hochschulreife außerhalb des Gymnasiums verliehen. Die gerade von Kultusminister Spaenle immer wieder gepriesene Gleichwertigkeit der verschiedenen Wege zur Hochschulreife muss sich auch in der personellen Ausstattung der Beruflichen Oberschulen niederschlagen. Sollte die erforderliche Stellenmehrung zum neuen Schuljahr nicht erfolgen, sehen die beiden Landesvorsitzenden die Glaubwürdigkeit des Ministers in seiner positiven Haltung zur Beruflichen Ober-

schule erheblich in Gefahr, denn Gleichwertigkeit bedingt auch Gleichbehandlung. „Schüler an Fachoberschulen und Berufsoberschulen haben ebenso Anspruch auf ein vollständiges und differenziertes Unterrichtsangebot wie Schüler vergleichbarer Schularten, um ihr Studium erfolgreich zu absolvieren. Erst dann sind Chancenvielfalt und Durchlässigkeit im Bildungssystem nicht nur öffentlichkeitswirksame Lippenbekenntnisse, sondern Handschrift eines Ministers, der der beruflichen Bildung einen hohen Stellenwert beimisst“ betonen Eckhardt und Wunderlich übereinstimmend. ■

NaturaMed<sup>®</sup>  
Fachklinik

Wie **NEU** geboren...



- **BurnOut**
- **Lebenskrise**
- **Depression**
- **Ängste**
- **chronische Schmerzen**
- **Esstörung**

**Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose**

**Geben auch Sie mehr als Sie bekommen?**

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig

0 75 24 . 990 - 222  
88339 Bad Waldsee

naturamed.de

Wir suchen nach versteckten Krankheitsursachen und zeigen naturmedizinische und psychologische Wege zu neuer Kraft. Ambulanz, Schnupperwoche, Kur- oder Krankenhausaufenthalt.

**Wagen Sie den NEU-Anfang!**

NaturaMed ♥ ...wir bringen sie wieder in Schwung!



Regionale Lehrerfortbildung im Programm der Bamberger Universitätsschulen:

## Verschmelzung von Studium und Referendariat

CLAUS BAUER, EWALD BLUM/  
PROF. DR. DETLEF SEMBILL

### Einführung

An den Schnittstellen zwischen universitärer und staatlicher Lehreraus- und -fortbildung sowie Forschungen bezüglich schul- und betriebspraktischer Probleme kommt es zu unnötigen Leistungsverlusten. Während traditionell gerne die wechselseitige Inkompetenz oder Praxisferne ins Feld geführt wurden, sollte man in einer Lerngesellschaft für zeitgemäße Ausbildungsstrukturen eher die synergetische Entwicklung und Nutzung des Könnens der beteiligten Partner anstreben. Das bedeutet, dass alle Leistungsträger der Beruflichen Bildung verstärkt kooperieren müssen. Vor diesem Hintergrund wurde das Konzept der Universitätsschulen ins Leben gerufen. Die Einführung der Universitätsschulen verfolgt das Ziel, die bisher weitgehend getrennten Phase I (Studium) und Phase II (Referendariat) zu einem Gesamtkonzept zu verschmelzen. Dabei wird der Strahlkraft, die durch die pädagogische Forschung und Entwicklung von diesen Schulen ausgeht, als besonders bedeutsam erachtet (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus, 2011, 3). An zwei beispielhaften Fortbildungen soll im Folgenden dargestellt werden, wie die Bamberger Universitätsschulen einen Beitrag für die regionale Lehrerfortbildung und darüber hinaus leisten.

### Unternehmensplanspiele im Einzelhandel zielgerichtet umsetzen

Im Rahmen des Studiums absolvieren die Studierenden der Wirtschaftspädagogik ein Schulpraktikum an einer der Bamberger Universitätsschulen. Im Nachgang zum Praktikum (SPÜ-Nachbereitung) erhalten die Studierenden die Aufgabe, ein komplexes Lehr-Lern-Arrangement zu entwickeln und umzusetzen. Eine Studentengruppe stellte beispielsweise das Planspiel „CD-Player“ vor. Das Unternehmensplanspiel hat zum Ziel, die Auszubildenden im Ein-

zelhandel mit den betriebswirtschaftlichen Prozessen des Einzelhandels vertraut zu machen und versprach auf den ersten Blick viel Potential für mögliche Weiterentwicklungen. Erste Gespräche mit den Patenlehrkräften der Universitätsschulen zeigten, dass offensichtlich Bedarf und großes Interesse an derartigen Lehr-Lern-Arrangements besteht und somit war der Grundstein für das Projekt „Planspiele im Einzelhandel“ gelegt. Es folgte eine Masterarbeit zum Thema und die Idee, eine regionale Fortbildung zu organisieren. Im Rahmen der Masterarbeit wurden zunächst Lehrkräfte aus dem Bereich Einzelhandel interviewt, um die spezifischen Bedürfnisse der Lehrkräfte in Erfahrung zu bringen. Ferner trug ein Testdurchlauf an der Universitätsschule Bamberg dazu bei, die Fortbildung noch besser an den Anforderungen der Zielgruppe auszurichten. Schließlich konnte die Regierung von Oberfranken als Kooperationspartner gewonnen werden und so wurden im März diesen Jahres 23 Lehrkräfte aus Ober- und Mittelfranken in einer eintägigen Fortbildung in Theorie und Praxis der Planspieldidaktik eingeführt. Die Fortbildung war möglich geworden, weil die beteiligten Partner (Seminar- und Patenlehrkräfte der Universitätsschulen, die Universität Bamberg und die Regierung von Oberfranken) in vorbildlicher Weise kooperierten und ihre spezifischen Kompetenzen einbrachten.

### Planspiele fördern vielfältige Kompetenzen

Der Referent der Fortbildung machte deutlich, dass Planspiele bei der Mehrzahl der Schüler Begeisterung wecken. Ein weiterer Vorteil der Planspieldidaktik liegt darin, dass neben den Fachkompetenzen auch sozial-kommunikative Kompetenzen sowie Kompetenzen zum selbstorganisierten und kooperativen Lernen erworben werden.

Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass Planspiele keinen Selbstzweck erfüllen. Vielmehr muss darauf geachtet

werden, dass diese sinnvoll in den Lehrplan eingebunden sind. Ferner sollte der Lehrende ein methodisch-didaktisches Gesamtkonzept verfolgen (Blum 2005, 364). Im Verlauf der Fortbildung wurde auch darauf hingewiesen, dass sich die Rolle der Lehrkraft verändert. Der Lehrende konzentriert sich bei Planspielen verstärkt auf die Beobachtung der individuellen Entwicklung der Lernenden und auf die Beratung, er gibt Anregung und leistet Unterstützung bei Schwierigkeiten. Diese Aufgaben verlangen ein hohes Maß an Kompetenz, da sich die Lehrkraft zurückhaltend, abwartend und zugleich helfend, initiiierend verhalten soll. Entsprechend müssen die Lehrenden die Fähigkeit besitzen, bewusst abzuwägen, wann, mit welchen Zielen und wie sie Gruppenprozesse der Lernenden steuern wollen.

### Lernplattform fördert Nachhaltigkeit

Am Ende der Fortbildung war deutlich geworden, dass Planspiele einen wichtigen Beitrag leisten können, um jungen Menschen umfassende berufliche Handlungskompetenzen zu vermitteln. Allerdings darf die Planspielmethode nicht allzu euphorisch als Allheilmittel deklariert werden. Vielmehr sollte sie als sinnvolle Bereicherung des Methodenrepertoires von Lehrkräften angesehen werden (Blum 2005, 366). Über eine speziell eingerichtete Lernplattform bleiben die Teilnehmer auch nach Abschluss der Fortbildung in Kontakt. Über die Plattform werden die gesamten Unterrichtsmaterialien zur Verfügung gestellt. Diese können nun bei Bedarf ergänzt und fortentwickelt werden. Außerdem unterstützt der Referent den Transfer in die Unterrichtspraxis durch regelmäßige Impulse und steht den Teilnehmern bei Fragen zur Verfügung. Schulen, die ebenfalls an den Unterrichtsmaterialien interessiert sind, können sich gerne per Mail ([ewald.blum@uni-bamberg.de](mailto:ewald.blum@uni-bamberg.de)) an den Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik der Universität Bamberg wenden.



Die Fähigkeit im Team zu arbeiten ist zugleich Lernvoraussetzung als auch Lernziel der Planspielmethode.

### Innere Differenzierung – die Balance zwischen individueller Förderung und Großgruppe

An den beruflichen Schulen treffen häufig Schüler aus ganz unterschiedlichen Schultypen zusammen. Somit stellt sich dort im besonderen Maße die Frage, wie mit Heterogenität in der konkreten Unterrichtssituation umgegangen werden kann. Da die Betreuungslehrer in der zweiten Hälfte des Vorbereitungsdienstes eine zentrale Rolle im Rahmen der Lehrerbildung übernehmen, sollten diese auf Wunsch des Studienseminars Nordbayern im Rahmen einer gezielten Qualifizierungsmaßnahme ihr Wissen aktualisieren. Das Angebot stieß auf eine hohe Nachfrage und so trafen sich im Januar diesen Jahres 35 Betreuungslehrer aus dem kaufmännischen und gewerblich-technischen Bereich am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik, um didaktische Fähigkeiten zum Themenbereich innerer Differenzierung zu erwerben.

Am Vormittag führte Prof. Dr. Sembill theoretisch in das Thema ein und informierte die Fortbildungsteilnehmer über entsprechend aktuelle Erkenntnisse der Lehr-Lern-Forschung. Ausgehend hiervon erarbeiteten sich die Teilnehmer am Nachmittag in zwei parallelen Workshops, wie innere Differenzierung im Unterrichtsalltag konkret umgesetzt werden kann.

### Workshop: Methoden der inneren Differenzierung

In diesem Workshop gingen die Teilnehmer der Frage nach, wie individuelle Förderung im Unterricht konkret umge-

setzt werden kann. Nachdem den Teilnehmern mithilfe eines „Advanced Organizers“ die Zielsetzung des Workshops dargelegt wurde, erarbeiteten sie sich im Rahmen eines Gruppenpuzzles vier Methoden der individuellen Förderung (Boller/Lau 2010). Dabei sollten die Teilnehmer selbst erleben, dass Formen selbstorganisierten Lernens besonders viel Raum für individuelle Förderung bieten. Zunächst erwarben sich die Teilnehmer in Gruppenarbeit einen Expertenstatus für eine spezielle Methode (Lernen für sich, Lernen mit anderen), um dann anschließend anderen Teilnehmern ihr Expertenwissen zu vermitteln (Lernen für andere). Schließlich erhielten die Teilnehmer nochmals Zeit für die subjektive Auseinandersetzung mit allen vier Methoden. Am Ende dieser Phase mussten die Teilnehmer entscheiden, welche der Methoden sie für hilfreich erachten und künftig im Unterricht einsetzen möchten.

Selbstorganisiertes Lernen eröffnet der Lehrkraft zeitliche Freiräume für die individuelle Förderung.



Während die eine Gruppe sich selbstorganisiert die Inhalte erarbeitet, steht die Lehrkraft anderen Gruppen für individuelle Fragen zur Verfügung.

### Workshop: Schülerfehler als Gegenstand der Lehrdiagnose

Ziel dieses Workshops war es einerseits, die Teilnehmer/innen für die Relevanz pädagogischer Diagnostik, insbesondere des Schülerfehlers, zu sensibilisieren und andererseits, die Seminar- und Betreuungslehrkräfte zu ermuntern, ihr „Fehlerwissen“ an die Referendarinnen und Referendare weiterzugeben.

In diesem Sinne versuchte der erste Teil des Impulsreferats einen systematischen Überblick über Begriff und Ziele pädagogischer Diagnostik und Intervention zu geben. Der zweite Teil des Impulsreferats leitete dann zu Schülerfehlerarten und dem sinnvollen Umgang mit Fehlern über (vgl. auch Seifried/Türling/Wuttke 2010). Die bisweilen noch vorherrschende Fehlervermeidungsdidaktik an den Schulen sollte zunehmend einer Kultur des konstruktiven Umgangs mit Fehlern im Unterricht weichen, so die Forderung der Referenten. Doch gerade für Referendare ergibt sich das Problem, noch nicht über ein ausgeprägtes



Dr. Helmut Lang bedankt sich bei den Teilnehmern und Referenten der Fortbildung.

„Fehlerwissen“ und bewährte Strategien für den konstruktiven Umgang mit Schülerfehlern verfügen zu können.

In der Erarbeitungsrunde setzten sich die Teilnehmer/innen deshalb mit typischen Schülerfehlersituationen auseinander. Sie konnten aus ihrer Unterrichtspraxis eine Reihe domänenspezifischer Alltagskonzepte erläutern, denen gerade im Einsteigerunterricht große Aufmerksamkeit geschenkt werden muss, da diese Konzepte auf Schülerseite oftmals sehr veränderungsresistent und daher die Ursache immer wiederkehrender Fehler sind. Da die Seminar- und Betreuungslehrer über Jahre hinweg einen reichen Fundus an Fehlerwissen aufgebaut haben, wurden die Teilnehmer/innen dafür sensibilisiert, ihre Erfahrung hinsichtlich Fehlerarten und Strategien im Umgang mit Schülerfehlern explizit an Referendarinnen und Referendare weiterzugeben.

#### Verabschiedung und Danksagung

Dr. Helmut Lang (Seminarvorstand für die beruflichen Schulen in Nordbayern) bedankte sich bei den teilnehmenden Betreuungslehrern für ihr Engagement bei der Ausbildung der Referendare. Ferner bedankte er sich bei Prof. Dr. Detlef Sembill und den Mitarbeitern des Lehrstuhls für Wirtschaftspädagogik für ihre Bereitschaft, diese Fortbildung vorzubereiten und aktiv zu gestalten.

#### Literatur:

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus (2011): „Kooperation, Koordination, Kommunikation“ – Reform der Lehrerbildung an beruflichen Schulen 2011.

Blum, E.: (2005): Unternehmensplanspiele – Eine Methode für den wirtschaftswissenschaftlichen Unterricht beruflicher Schulen? In: *Wirtschaft und Erziehung* 11/2005, 363–367.

Boller, Sebastian / Lau Ramona (Hrsg.) (2010): *Innere Differenzierung in der Sekundarstufe II: Ein Praxishandbuch für Lehrer/innen*. Beltz-Verlag.

Seifried, J./Türling, J./Wuttke, E. (2010): *Professionelles Lehrerhandeln – Schülerfehler erkennen und für Lernprozesse nutzen*. In: *Warwas, J. & Sembill, D. (Hrsg.): Schule zwischen Effizienzkriterien und Sinnfragen*. (Schneider) Hohengehren, S. 137–153.

#### Das LifeKinetik Bewegungsprogramm:

## Kleine Bälle, große Wirkung!

JÜRGEN ASAM

Zwei kleine Jonglierbälle mit beiden Händen in die Luft werfen und mit der jeweils anderen Hand auffangen – für Ungeübte fast unmöglich. Lehrer und Trainer Jürgen Asam weiß warum: „Jeder Mensch hat rund 100 Milliarden Gehirnzellen und keiner nützt dieses Potenzial annähernd aus.“ Die Berufliche Schule 2 der Stadt Nürnberg bietet seit dem laufenden Schuljahr den Schülern der 11. Klasse der Berufsfachschule für Fertigungstechnik die Möglichkeit, im Rahmen eines Förderkonzeptes, an diesem Bewegungsprogramm teilzunehmen.

Seit dem Schuljahr 2007/08 gibt es die Berufsfachschule (BFS) für Fertigungstechnik. Dafür wurde ein sehr innovatives BFS-Konzept entwickelt, bei dem renommierte Praktikumsbetriebe aus der Metropolregion Nürnberg und die IHK Nürnberg-Mittelfranken eng kooperieren. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, jungen Hauptschulabgängern ohne Ausbildungsplatz eine Möglichkeit zu bieten, eine schulische Ausbildung mit Praktikumsphasen in der Industrie zu absolvieren, die mit der IHK Abschlussprüfung endet. Dabei wird das LifeKinetik-Konzept fest in den Stundenplan einbezogen und soll vor allem die Defizite der Schüler in den Bereichen Konzentrationsfähigkeit, Aufnahmefähigkeit und Aufmerksamkeit verbessern.

#### Wie funktioniert LifeKinetik?

Mittels LifeKinetik werden dem Körper nicht alltägliche koordinative und visuelle Aufgaben gestellt. Zum Einsatz kommen dabei unterschiedliche Materialien wie Bälle verschiedener Größe, Tücher, Augenklappen und Ähnliches. Das Gehirn stellt durch diese Herausforderungen neue Verbindungen her. Je mehr Vernetzungen im Gehirn hergestellt sind, desto leistungsfähiger ist das Gehirn. Die Schüler werden konzentrierter und leistungsfähiger. Ziel des Trainings ist es nicht Bewegungen zu auto-



omatisieren, sondern immer wieder neue Vernetzungen im Gehirn anzulegen, die durch neue anspruchsvollere Aufgabenstellungen entstehen. Schon eine Stunde pro Woche genügt, um nach kurzer Zeit die ersten Veränderungen zu erkennen. Viele aktive Profisportler aus den Bereichen Fußball (Nürnberg, Dortmund, Hoffenheim), Golf, Ski Alpin und Biathlon wenden LifeKinetik erfolgreich an.

Abschließend bleibt anzumerken, dass diese Förderung den Schülern eine Abwechslung im schulischen Alltag bietet. Das LifeKinetik-Konzept kombiniert Bewegung, Spaß und Aktivität der Schüler, mit dem Ergebnis einer Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten.

Der Autor gibt seine Erfahrungen sicher weiter. Sie erreichen ihn unter:

Jürgen Asam  
Berufsschule 2 Nürnberg,  
Fürther Straße 77, 90429 Nürnberg,  
Tel.: (0911) 231-39 51,  
[b2-fue@stadt.nuernberg.de](mailto:b2-fue@stadt.nuernberg.de)

#### Multimediale Wanderausstellung:

## Einmischung erwünscht! 60 Jahre Grundgesetz

DR. FLORIAN SONNECK

„Aus dem Provisorium des Grundgesetzes wurde eine unangefochtene Verfassung“. Multimediale Wanderausstellung der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) in Zusammenarbeit mit der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin für sechs Wochen an der Staatl. Fachoberschule Friedberg.

Zwischen den Faschings- und den Osterferien war in der FOS Friedberg die Ausstellung „Einmischung erwünscht! 60 Jahre Grundgesetz“ gezeigt worden, eine 400 qm große Schau, die interaktiv, multimedial und kurzweilig den Schülerinnen und Schülern, nicht nur der FOS Friedberg, sondern auch den benachbarten Schulen, das Grundgesetz, seine Entstehung, die eingearbeitete Erfahrung aus dem Nationalsozialismus und der Weimarer Republik, näher brachte.

Die Ausstellung, die seit Mai 2009 durch Deutschland wanderte, und dabei Stationen wie Kiel, Berlin, Weimar, Hannover und Leipzig hinter sich gelassen hatte, ging am 25. April in Friedberg zu Ende. Sie startete im Mai 2009 im Alten Bundestag in Bonn zu ihrer Deutschlandreise.

Die Geschichte-/Sozialkundefachschaft der FOS Friedberg zeigte sich als Kurator vor Ort verantwortlich. Konzipiert wurde die Ausstellung durch die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) in Zusammenarbeit mit der Stiftung Deutsches Historisches Museum, Berlin. In einer großen feierlichen Eröffnung wurde die Ausstellung am 21. März offiziell eingeweiht. Den musikalischen Einstieg in den politisch und wissenschaftlich hochrangig besuchten Abend bereitete eine Streichergruppe, die Josef Haydns, Kaiserquartett vortrug, das Original, aus dem das Deutschlandlied hervorging. Dr. Florian Sonneck, Sozialkunde- und Geschichtslehrer an der FOS Friedberg, war es gelungen, Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Schule zur Eröffnung zu bitten.

Wolfgang Laub, der stellvertretende Schulleiter der Friedberger FOS, hob hervor, dass sich eine Verfassung dadurch bewähre, indem sie auch Phasen der Herausforderungen überstehe: „Ich denke an die Notstandsgesetzgebung, den Terror der 68er, die Wiedervereinigung oder auch an die Globalisierung“, so Laubs Worte aus seiner Begrüßung.

Die BpB sandte als Repräsentant Ulf Marwege nach Friedberg. Ihn kennen viele Kollegen als Leiter des Schülerwettbewerbs: [www.schuelerwettbewerb.de](http://www.schuelerwettbewerb.de). Marwege gab zu bedenken, wie kurz die 60 Jahre sind, seit das Grundgesetz gilt: 62 Jahre sind historisch gesehen ein Wimpernschlag. Dennoch ist aus dem Provisorium einer Verfassung ein unangefochtenes Werk geworden, das sogar für die einst geplante, dann in dieser Form nicht durchgesetzte EU-Verfassung Pate gestanden habe.

Auf wie viel Interesse das Grundgesetz bei den Bürgern stößt, zeigen die Zahlen: „Das Grundgesetz ist das meist versandte Buch aus unserer Schriftenreihe“, erklärte Marwege.

Zu den politisch hochrangigen Rednern des Abends zählte der Bundestagsabgeordnete Dr. Erwin Lotter, FDP, der den Blick auf die Zukunft der Verfassung richtete und prophezeite: „Gerade im Hinblick auf die europäische Integration sind noch viele Veränderungen zu erwarten. Das Grundgesetz wird sich weiterentwickeln.“ Hier hat der Politiker weitere Diskussion in der EU um eine Verfassung im Hinterkopf sowie besonders die Herausforderungen an Deutschland durch internationale Bündnispolitik, als Sozialstaat, aber auch durch gesellschaftliche Veränderungen, wie Migration und weitere Gleichstellung auf allen Ebenen.

Prof. Dr. Martin Bayer, der Vizepräsident der Hochschule Augsburg, verwies auf das Motto der Ausstellung und hob das Engagement der Bürger in den Vordergrund: „Wichtig ist, dass wir uns einmischen und das Grundgesetz mit Leben füllen.“ Bayer blickte auf seine eige-



ne Schulzeit in den 70er Jahren zurück und zeigte sich erstaunt, wie wenig das Grundgesetz damals in den Sozialkundeunterricht Eingang gefunden hatte. Den Schülerinnen und Schülern der 70er Jahre, so Bayer, hatten die in der Verfassung garantierte Wertorientierung über die Lehrer der anderen Fächer erfahren.

Auch der stellvertretende Landrat aus Aichach-Friedberg Peter Feile (SPD) fand das Motto der Ausstellung gut gewählt: „Es hätte gar nicht aktueller sein können.“ Der Ministerialbeauftragte der Berufsoberschulen und Fachoberschulen in Südbayern, Ltd. OStD Konrad Maurer, regte die anwesenden Schulleiter, Kollegen und Schülerinnen und Schüler dazu an, die Grundrechte und das Grundgesetz nicht als Selbstverständlichkeit hinzunehmen.

Mit insgesamt mehr als 10.000 Besucherinnen und Besuchern, war die Ausstellung für die BpB und die FOS Friedberg ein voller Erfolg.

Online ist die Ausstellung unter <https://www.facebook.com/event.php?eid=114980041911437&ref=ts> zu finden.

## Einladung zur Material- und Ideenbörse – von der Praxis für die Praxis

### „Erfolgreich lehren und lernen an beruflichen Schulen“

am Freitag, 1. Juli 2011  
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
in München

10.00 Uhr

#### Programm

##### Eröffnung:

Prof. Andreas Schelten  
PD Dr. Alfred Riedl  
Lehrstuhl für Pädagogik, TU München (LOTH/A 123 Aula)

am Lehrstuhl für Pädagogik  
Technische Universität  
80335 München, Lothstraße 17

10.30 Uhr  
bis 16.00 Uhr

##### „Offene“ Ausstellung von Unterrichtsmaterial:

Konzepte, Ideen, Lernzirkel, Lernspiele, Leittexte, Stundenentwürfe aus dem gewerblich-technischen, kaufmännischen und Gesundheitsbereich beruflicher Schulen, MIB-digital – Tauschbörse digitalisierter Lern- und Unterrichtsmaterialien

Kontakt: PD Dr. Alfred Riedl  
Lehrstuhl für Pädagogik  
TU München, riedl@tum.de

10.30 Uhr  
bis 16.00 Uhr

##### Vorträge und Workshops mit vielfältigen und unterschiedlichen Themen wie:

Rhetorik und Auftreten – Unterricht in Lernfeldern – Methodenbeispiele – Unterrichtskommunikation – Krisenbewältigung – Kreativ-ganzheitlicher Unterricht – Erlebnispädagogik – JoA – Lehrerergesundheit – Computer im Unterricht ...

Vom KM genehmigte Fortbildung für Lehrkräfte an beruflichen Schulen – Teilnahmebescheinigung wird ausgestellt (Anmeldung ist nicht erforderlich)

Veranstalter: Lehrstuhl für Pädagogik, TU München zusammen mit Lehrkräften aus der Unterrichtspraxis. Weitere Informationen unter: [www.paed.edu.tum.de](http://www.paed.edu.tum.de)

#### Deutscher Berufsschulpreis 2011:

### Zwei Preise gehen nach Bayern

Zu den besten Berufsschulen bundesweit zählt die Europa-Berufsschule Weiden sowie das Berufliche Schulzentrum Matthäus Runtinger, Regensburg. Die Bestätigung erhielten die Vertreter der Schulen im Rahmen der Ehrung der Preisträger des Berufsschulpreises 2011 durch die Stiftung Wirtschaft und Erziehung in Karlsruhe.

Bereits im letzten Jahr durfte sich die Europa-Berufsschule Weiden zu diesem ausgewählten Kreis der Preisträger aus zahlreichen Bewerbungen zählen mit dem damaligen 3. Platz. In diesem Jahr schon wieder erneut dabei zu sein mit dem 2. Platz und somit als beste Berufsschule Bayerns mit einem Preisgeld von 3.000 € ausgezeichnet zu werden, war eine große Ehre. Über den 3. Platz mit einem Preisgeld von 1.000 € freuten sich die Vertreter des Beruflichen Schulzentrums Matthäus Runtinger in Regensburg. Die Weidener hatten ebenso wie die Regensburger ein überzeugendes Konzept zur schuleigenen Informations- und Kommunikationsplattform erreicht.

Der Vorsitzende der unabhängigen Jury, Olaf Stieper von der Edeka AG in Hamburg, bemerkte: „Wenn Sie sich von einem überzeugenden und umfassenden Konzept zu schulischen Informations- und Kommunikationsplattformen informieren wollen, dann schauen Sie nach Weiden in der Oberpfalz. Die prämierte Arbeit und Leistung ist ein nachahmenswerter Wegweiser!“

Vom Vorsitzenden der Stiftung Manfred Weichhold nahmen stellvertretend für die Kollegen um Thomas Neumann und der Systembetreuungsmitglieder sowie das Kollegium Schulleiter Josef Weilhammer, QM-Koordinator Michael Bäuml und Rico Kleinhempel den Preis entgegen. Begleitet wurden Sie von Ltd. RSchD Wolfgang Stöber von der Regierung der Oberpfalz. „Wir freuen uns von ganzem Herzen, dass wir zu den Preisträgern 2011 gehören. Ebenso hoffen wir, dass unsere Ideen und Konzeptionen nicht nur in der Region, sondern



Rico Kleinhempel und Schulleiter Josef Weilhammer mit Leitendem Regierungsschuldirektor Wolfgang Stöber sowie Michael Bäuml und dem Vorsitzenden der Stiftung Wirtschaft und Erziehung Manfred Weichhold.

vielleicht auch Bayern- bzw. Deutschlandweit von anderen Schulen aufgegriffen werden. Wir wünschen uns, dass diese Preisverleihung auch insofern eine Signalwirkung haben wird, als sie unterstreicht, wie wichtig eine gut funktionierende, zeitgemäße Kommunikationsplattform für die Verwaltungs- und Unterrichtsqualität einer Schule ist!“, so Schulleiter Josef Weilhammer.

Ähnlich erfolgreich wie die Europa-Berufsschule Weiden schnitt das BSZ Matthäus Runtinger in Regensburg ab. Nachstehend stellt das BSZ ihr Konzept vor (im Juli-Heft können Sie dann das Konzept der Weidener Berufsschule näher kennenlernen).

#### „Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern durch schuleigene Informations- und Kommunikationsplattformen“

Das Berufliche Schulzentrum Matthäus Runtinger in Regensburg ist eine kommunale Schule. Sie umfasst die Städtische Berufsschule III für kaufmännische Berufe und Gesundheitsberufe mit neun Abteilungen, die Berufsschule für Büroberufe und die Berufsschule für Büroberufe. Insgesamt werden hier ca. 4.000 Schülerinnen und Schüler von etwa 140 Lehrkräften unterrichtet.

Die Informations- und Kommunikationsplattform am Beruflichen Schulzentrum Matthäus Runtinger setzt sich aus den Bausteinen Schulnetz, Verwaltungsnetz, Homepage mit Web-Interfaces zusammen, die aus allen Unterrichts- und Lernfeldräumen erreichbar sind. Die identische Installation aller PCs sichert einen reibungslosen Unterricht. Diese Bausteine wurden über knapp 10 Jahre bis zum hier beschriebenen Stand entwickelt. Dazu wurden die organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen.

Durch umfassende Investitionen in die Hardware und neue multimediale Lernfeldräume wurden die Voraussetzungen für einen modernen handlungsorientierten Lernfeldunterricht geschaffen. Die neuen Räume wurden in die bestehende Infrastruktur mit ihren be-

REISEDIENST NATURFREUNDE GMBH		
Rieger, Wittelsbacherstr. 31, 85051 Ingolstadt, Tel.: 0841/71144, Fax: 0841/77686, Anmeldung wegen Flugreservierung 3 Monate vor Reisebeginn erbeten		
Termine	Reisen 2011	Preis VLB ab
07.08.11 bis 15.08.11	<b>BALTIKUM:</b> Air Baltic ab MUC via FRA: Litauen, Kurische Nehrung, Lettland, Estland, gute Hotels, HP, alle Fluggebühren inkl.	1.298,00 €
11.08.11 bis 18.08.11	<b>ISLAND:</b> Icelandair ab MUC: Gletscher, Geysire und Wasserfälle, Keflavik, Südküste, Hochland, Reykjavik, 4-Sterne Hotel	1.448,00 €
15.08.11 bis 29.08.11	<b>INDIEN-LADAKH:</b> Lufthansa ab MUC: Delhi, zahlreiche Himalaya-Klöster, Übernachtungen mit VP in Ladakh und HP in Delhi	1.848,00 €
16.08.11 bis 02.09.11	<b>GROSSE NAMIBIA-RUNDREISE:</b> Windhoek, Fishriver Canyon, Lüderitz, Sossusvlei, Swakopmund, Twyfelfontein, Etosha, Nationalpark, Tsumeb, gute Hotels oder beste Lodges, alle Fluggebühren, Reiseleitung Friedrich Diemer	3.548,00 €
26.08.11 bis 04.09.11	<b>BELLARIA:</b> Busfahrt ab/bis Ingolstadt an die Adria ins strandnahe Hotel Angelini mit Halb- bzw. Ganztagesausflügen, all-inclusiv	548,00 €
14.08.11 bis 21.08.11	<b>AZOREN:</b> SATA ab FRA (rail&fly inkl.): Insel Sao Miguel: Ponta Delgada, Sete Cidades, Ostküste, Furnas, Lagoa do Fogo, 7 Übernachtungen im 4-Sterne-Hotel, 7 x Frühstück, 4 x Mittagessen, 7 x Abendessen	1.398,00 €
30.10.11 bis 06.11.11	<b>EMIRATE:</b> Etihad ab MUC/FRA: Abu Dhabi, Dubai u.a. mit Palm Island, Marina, Dhow-Kreuzfahrt mit Buffett, Wüstensafari mit Beduinencamp und Barbecue, Ostküste mit Hajargebirge, Al Ain, Ü/F im 5-Sterne Stadthotel (1 Abendessen), alle Ausflüge inkl.	1.198,00 €
28.10.11 bis 04.11.11	<b>OMAN:</b> Etihad ab MUC: Muskat, Sur, Nizwa, zahlreiche Wadi, Übernachtung mit HP in guten Hotels, Rundreise in Jeeps	1.698,00 €
02.11.11 bis 06.11.11	<b>ISTANBUL:</b> Lufthansa ab MUC/FRA: Städtereise mit umfangreichem Programm, Übernachtung mit HP im zentralen Stadthotel	748,00 €
<b>HERBST 11:</b> Paris 5 Tg, Marokko „Straße der Kasbahs“ 8 Tg, <b>WINTER 2011/12:</b> Emirate 7 Tg, Israel 8 Tg, Marokko „Königsstädte“ 8 Tg, Äthiopien 13 Tg, Sri Lanka 14 Tg		
<b>FASCHING 2012:</b> Oman 8 Tg, Indien – Rajasthan 8 Tg, Emirate 8 Tg, Lissabon 5 Tg		
Ausführliche Reiseverläufe und Anmeldung unter: <a href="http://www.naturfreunde-reisen.de">www.naturfreunde-reisen.de</a>		



Erhielten aus der Hand des Stiftungsvorsitzenden Wirtschaft und Erziehung Günther Weichhold (rechts) die Urkunde überreicht: Schulleiterin Karolina Johannsen und Christian Lubowsky; links ein Jurymitglied.

schriebenen Möglichkeiten des didaktischen Netzwerks integriert.

Die Schulleitung kann auf moderne datenbankbasierte Software zur Steuerung und Verwaltung der Schule zurückgreifen, die weit über die Möglichkeiten der Standardsoftware des Kultusministeriums hinausgeht.

Für alle Nutzer werden über anwenderfreundliche Oberflächen die benötigten Dienstleistungen wie E-mail, Stunden- und Raumplanung sowie Auswertungsroutinen zur Verfügung gestellt. Alle Neuerungen wurden durch umfassende Schulungsmaßnahmen begleitet, die Unterstützungsmöglichkeiten kontinuierlich ausgebaut. Der eigene IT-Techniker sorgt für eine kurzfristige Störungsbehebung. Die Auswertung der Störungsmeldungen und eine individuelle Ansprechbarkeit auf „dem kurzen Dienstweg“ gewährleisten eine fortlaufende Evaluierung der getroffenen Maßnahmen.

Ausgehend von unserem Leitbild werden die Kernprozesse dokumentiert und weitgehend standardisiert. Die Stellenbeschreibungen und die jeweiligen Aufgabendefinitionen bilden die Basis der kontinuierlichen Arbeit. Die jährlichen Zielvereinbarungen der Schulleitung mit den Fachbetreuungen und die Rechenschaftsberichte bilden die Grundlage der Reflexion der geleisteten Arbeit, auf der die Weiterentwicklung gemeinsam zwischen Schulleitung und Fachbetreuungen formuliert wird.

Das Berufliche Schulzentrum als kommunale Schule wird von einem aufgeschlossenen Sachaufwandsträger – der Stadt Regensburg – überdurchschnitt-

lich unterstützt. Es hat sich mit dessen Zustimmung einen relativ großen wirtschaftlichen Spielraum mit teilweiser Budgethoheit erarbeitet. Es wurde in die Hard- und Softwareausstattung investiert, um die nötigen Planungsprozesse effektiv gestalten zu können. Die datenbankbasierten Softwarelösungen ermöglichen eine effiziente Verwaltung der ca. 4.150 Nutzer und 1.800 Ausbildungsunternehmen. Ein Web-Interface stellt einen Terminkalender, Stunden- und Raumplanung online zur Verfügung. Schulintern ist jederzeit der Zugriff für Berechtigte auf alle relevanten Daten möglich.

## Über den Berufsschulpreis

Sieben Berufsschulen in Deutschland wurden von der Stiftung Wirtschaft und Erziehung mit dem Berufsschulpreis 2011 zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch schuleigene Informations- und Kommunikationsplattformen ausgezeichnet. Die Preise wurden von Beatrix Strauch, Ministerialrätin im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie Berlin, im festlichen Rahmen im Salon Mannheim der BBBank eGo in Karlsruhe verliehen. Die Preisträger wurden von einer unabhängigen Jury ausgewählt, welche die Leistungen der Schulen für erfolgreiche und beispielhafte Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer durch schuleigene Informations- und Kommunikationsplattformen würdigte. „Die Förderung von Qualität und Leistung der beruflichen Schulen ist mir ein wichtiges Anliegen“, so Beatrix Strauch. „Die Ergebnisse des Wettbewerbs zeigen, dass es mit

Phantasie und Engagement aller Beteiligten möglich ist, arbeitsmarktorientierte und zukunftsweisende schuleigene Informations- und Kommunikationsplattformen zu entwickeln und in die Praxis umzusetzen.“

Beeindruckend seien die Vielfalt der gewählten Instrumente und die Tatsache, dass alle Schulen ihre Aktivitäten als kontinuierlichen Prozess sehen, den es weiter zu optimieren gilt.

Ministerialrätin Beatrix Strauch dankte den Initiatoren der Stiftung für die seit Gründung im Jahre 2002 geleistete Arbeit, ebenso der Jury und den Sponsoren dieses siebten Wettbewerbs in Folge für die Kontinuität und fortwährende Kreativität in der Wahl der Themen. „Ich hoffe, dass Sie alle auch 2012 beim Wettbewerb zur Förderung von Integrationskulturen an kaufmännischen Schulen wieder mit dabei sind.“

Ausgezeichnet wurden folgende Schulen:

1. Preis: Alfred-Müller-Armack-Berufskolleg der Stadt Köln
2. Preis: Europa-Berufsschule, Staatliche Berufsschule Weiden
2. Preis: Berufsbildende Schule II – Wirtschaft und Verwaltung, Kaiserslautern
3. Preis: Berufsbildende Schule des Landkreises Ahrweiler, zusammen mit der Berufsbildende Schule Simmern
3. Preis: Berufskolleg für Wirtschaft und Informatik, Neuss
3. Preis: Berufliches Schulzentrum Matthäus Runtinger, Regensburg

Die Mitglieder der Jury betonten, dass eine gute Berufsausbildung als Basis für lebenslanges Lernen und für einen erfolgreichen beruflichen Lebensweg von eminent großer Bedeutung ist. Durch die Förderung von schuleigenen Informations- und Kommunikationsplattformen erhalten die jungen Menschen einen nachhaltigen Motivationschub ihr Leistungspotenzial abzurufen.

Der Vorsitzende der unabhängigen Jury, Olaf Stieper, Prozesskoordinator Berufsbildung der EDEKA AG Hamburg, dankte dem Vorstand und Kuratorium, den Sponsoren und Mitgliedern des Freundeskreises der Stiftung für die finanzielle Unterstützung und für die ehrenamtlich geleistete Arbeit:

„Diese hervorragenden Initiativen der Stiftung haben die Kreativität und Leistungsfähigkeit der kaufmännischen Schulen in der Bundesrepublik auf den Prüfstand gestellt und dabei ausgezeichnet abgeschnitten. Sie zeigen aber auch, dass die personellen und sächlichen Schulträger (Länder und Gemeinden), sowie die ausbildende Wirtschaft verstärkt bereit sind, in die Ausbildung der jungen Leute zusätzlich zu investieren. Die prämierten Arbeiten und Leistungen sind nachahmenswerte Wegweiser!“

Manfred Weichhold

Zentrales Element der Schulentwicklung:

## Individualfeedback – eine Chance zur Steigerung der Professionalität von Lehrkräften

MARTIN BRUNNHUBER

Als Bestandteil des schweizerischen Qualitätsmanagementsystems Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung) stellt das Element des Individualfeedbacks als Teil eines schulischen Qualitätsmanagementsystems den großen Unterschied zu allen anderen gängigen QM-Systemen der Wirtschaft dar. Im Folgenden wird versucht, einen möglichst praxiserprobten Zugang zum Thema Individualfeedback als Element von QmbS (Qualitätsmanagement an beruflichen Schulen in Bayern) zu skizzieren.

### Was ist professionelles Lehrerhandeln?

Mit dieser Frage könnte man beginnen, wenn man beispielsweise eine päd. Tag zum Thema Individualfeedback planen würde. Grundsätzlich geht man davon aus, dass die Akzeptanz schulischer Innovationen von der Beteiligung des Kollegiums abhängt. Deshalb versucht man, den Einstieg zum Thema Individualfeedback so zu gestalten, dass sich möglichst viele Kollegen an der Qualitätsdiskussion beteiligen und dass als Produkt ein gemeinsam erarbeitetes Verständnis von Qualität entsteht.

Einen praxiserprobten Zugang zum Thema Individualfeedback beschreibt das folgende Beispiel eines päd. Tages an einer Beruflichen Oberschule. Der erste Arbeitsauftrag lautete:

*Sie selbst haben sicherlich in Ihrer Vergangenheit besonders gute Lehrer gehabt. Tauschen Sie sich in der Gruppe darüber aus, welche Eigenschaften den Lehrer zum besonders guten Pädagogen gemacht haben.*

In diesem konkreten Fall hat sich gezeigt, dass ohne den Begriff Individualfeedback zu nennen in den Gruppen eine angeregte Diskussion entstand. Sehr interessant war dabei, dass praktisch alle Kolleginnen und Kollegen gerne und ausführlich über die Eigenheiten seiner

damaligen Lehrer berichten wollten und somit die Beteiligung des Kollegiums bei 100 Prozent lag. Selbst Lehrkräfte, die sonst eher passiv der Schulentwicklung gegenüber standen, brachten eine Vielzahl von eigenen Erfahrungen ein.

Die positiven Eigenschaften der verschiedenen Gruppen wurden auf Wortkarten festgehalten und im Plenum wie folgt präsentiert: Vorbildliches Verhalten, Unvoreingenommenheit, Akzeptanz der Schülerpersönlichkeit, Authentizität, gepflegtes Erscheinungsbild, Konsequenz, Fairness, Begeisterungsfähigkeit, fundiertes Fachwissen, Humor, klare Regeln.

Das Ergebnis dieser Gruppenarbeit stellt ein gemeinsam erarbeitetes Bild von professionellem Lehrerhandeln dar. Ausgehend von diesem Ergebnis geht es nun um die Frage, wie man überprüfen kann, ob bzw. wie gut man selbst die Anforderungen an einen guten Lehrer erfüllt? Dies ist der Ausgangspunkt zur Steigerung der eigenen Professionalität als Lehrkraft.

### Wie kann ich meine Professionalität als Lehrkraft durch Individualfeedback steigern?

Im Folgenden werden die verschiedenen Schritte des Individualfeedbacks am Prozessablauf für QmbS am konkreten Beispiel der „individuellen Förderung der Schülerinnen und Schü-

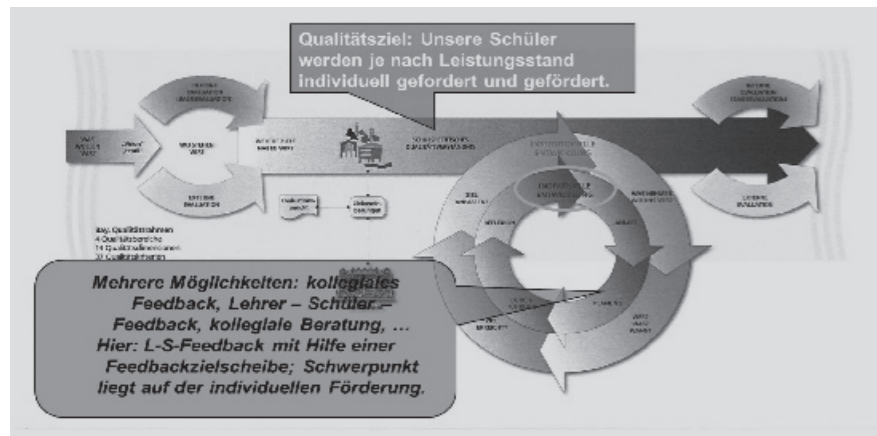
ler“ verdeutlicht. Man kann davon ausgehen, dass auf Grund der heterogenen Zusammensetzung der Klassen an fast allen Schulen Maßnahmen zur individuellen Förderung in Form eines Leitbildes bzw. Leitgedanken verankert sind. Ausgehend vom Qualitätsziel „Unsere Schülerinnen und Schüler werden je nach Leistungsstand individuell gefördert und gefordert“ stellt sich die Frage, ob dies auch für den eigenen Unterricht zutrifft.

Der Anlass des Individualfeedbacks geht von der Frage aus, ob die Schülerinnen und Schüler im Unterricht ausreichend individuell gefördert werden.

Der nächste Schritt beschreibt die Planung des Feedbacks. Hier wird festgelegt, von wem ein Feedback eingeholt wird und mit welchem Instrument die Daten erhoben werden. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie beispielsweise kollegiale Hospitation durch einen Kollegen mit einem vorgefertigten Unterrichtsbeobachtungsbogen, Lehrer-Schüler-Feedback in Form eines Fragebogens oder die kollegiale Beratung innerhalb der Fachschaft.

Für dieses Beispiel geht man von einem Lehrer-Schüler-Feedback in Form einer Feedbackscheibe aus. Falls noch kein geeignetes Feedbackinstrument zu diesem Thema existiert, geht es nun darum, Fragen zu finden, die Aufschluss





BU

auf die individuelle Förderung im Unterricht zulassen. Dieser Arbeitsschritt dient dazu, zu reflektieren, welches Bild die Lehrkraft selbst von individueller Förderung hat. Sich Zeit für den Schüler nehmen, die Schwächen für den Schüler klar machen, Zeit zum Nachdenken geben, Aufgabenstellungen bereitstellen, den Unterricht abwechslungsreich gestalten und vor allem eine angstfreie und offene Lernatmosphäre schaffen, stellen Merkmale der individuellen Förderung dar, an denen man sich selbst messen kann. Im nächsten Schritt werden passende Schülerfragen zu den Merkmalen

formuliert. Die Fragen werden in Form einer Feedbackzielscheibe dokumentiert. Nachdem ein passendes Feedbackinstrument erstellt ist, folgt die konkrete Durchführung des Feedbacks. Dazu muss in der Klasse der Anlass des Feedbacks besprochen und ggf. die Methode erklärt werden. Anschließend wird das Feedback anonym durchgeführt und die Ergebnisse werden direkt auf der Zielscheibe dokumentiert. Die nächste Phase dient der Reflexion der Ergebnisse. Bei einem positiven Feedback sollte man genau lokalisieren können, welche Dinge von den Schülern

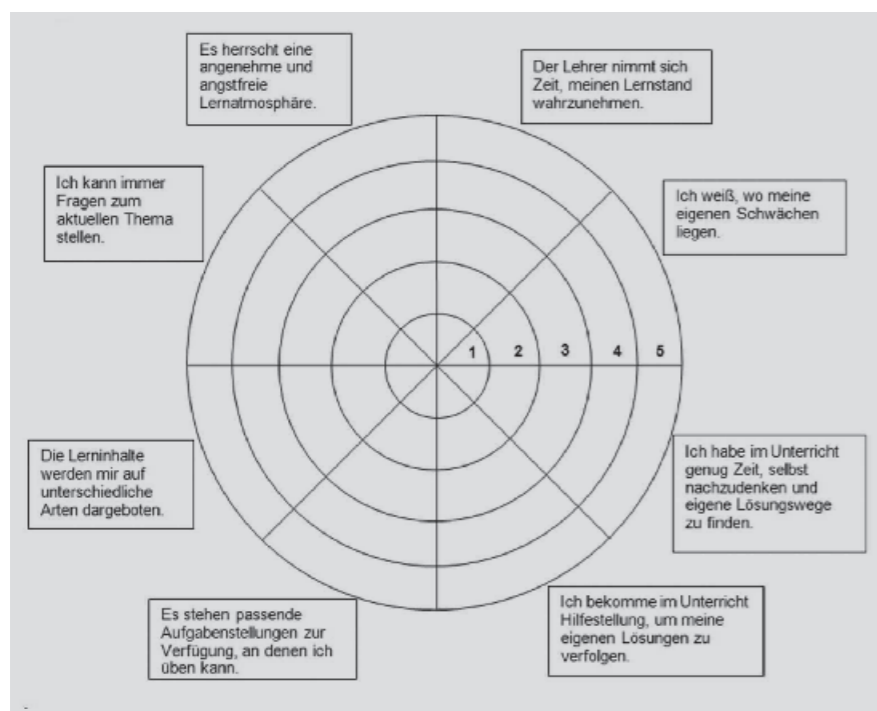
bereits gut bewertet wurden. Darüber hinaus können weiterführende Überlegungen angestellt werden, ob auch andere Kollegen von diesen Erfahrungen profitieren können. Bei einem negativen Feedback werden die Bereiche lokalisiert, die in Hinblick auf die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler noch optimiert werden müssten.

Der beschriebene Feedbackzyklus wurde exemplarisch an einem konkreten Beispiel dargestellt. Die Schritte des Feedbacks sind nicht spezifisch für die Berufliche Oberschule bzw. die beruflichen Schulen, sondern könnten so auch an jeder anderen allgemeinbildenden Schule durchgeführt werden. Dieses Vorgehen ermöglicht eine bessere Selbsteinschätzung und zeigt Effekte des eigenen Handelns auf. Darüber hinaus führt jedes Individualfeedback zu Denk- und Handlungsimpulsen für die eigene Weiterentwicklung und somit zu einer Chance zur Steigerung der Professionalität als Lehrkraft.

**Welche Erfahrungen gibt es bereits?**

Individualfeedback als Element von QmbS baut auf den Erfahrungen aus Q2E auf und kann auch selbst schon auf einen mehrjährigen Erfahrungsschatz zurückgreifen. Derzeit gibt es 60 berufliche Schulen in Bayern, die QmbS einführen bzw. eingeführt haben. Von allen Schulen gibt es detaillierte Rückmeldungen, die in die Optimierung des Systems geflossen sind. Diese werden durch ein Portal des ISB ergänzt, in dem eine Vielzahl von Materialien als Download zur Verfügung stehen ([www.qmbs-bayern.de](http://www.qmbs-bayern.de)).

Die Erfahrungen der QmbS-Schulen haben gezeigt, dass Individualfeedback durchwegs positiv bewertet wird und zu einer konstruktiven Diskussion zur Unterrichtsqualität zwischen allen Beteiligten führt. Beispielsweise wird wiederholt rückgemeldet, dass man durch Individualfeedback für die Dinge gelobt wird, die besonders gut gelingen. Dies führt trotz großer Klassen und vieler Vertretungsstunden zu einer positiven Einstellung zum Beruf und bestätigt viele Lehrer in ihrer Professionalität als Lehrkraft. ■



BU

**Das Bildungssystem von Litauen**

DIETMAR LEISCHNER

Litauen – der größte der baltischen Staaten – ist nach langer Besetzung von Russland und jahrzehntelanger Eingliederung in die Sowjetunion seit 1990 ein selbständiger Staat. Durch das Assoziierungsabkommen mit der EU ist Englisch statt Russisch die bevorzugte Fremdsprache. Generell ist festzustellen, dass zwischen den Bildungsbereichen keine Abgrenzung besteht, sondern die Schulen im Sekundarbereich übergreifend aufgebaut sind. Dadurch ist in Litauen eine sehr hohe Durchlässigkeit im Bildungsbereich vorhanden.

**Elementarbereich**

Krippe und Vorschule/Kindergarten bilden bis zum 6. Lebensjahr den Elementarbereich, der nicht mehr obligatorisch ist.

**Die Schulpflicht**

Im Gegensatz zu den baltischen Nachbarstaaten Estland und Lettland beginnt die Schulpflicht in Litauen mit 6 Jahren und dauert 10 Jahre.

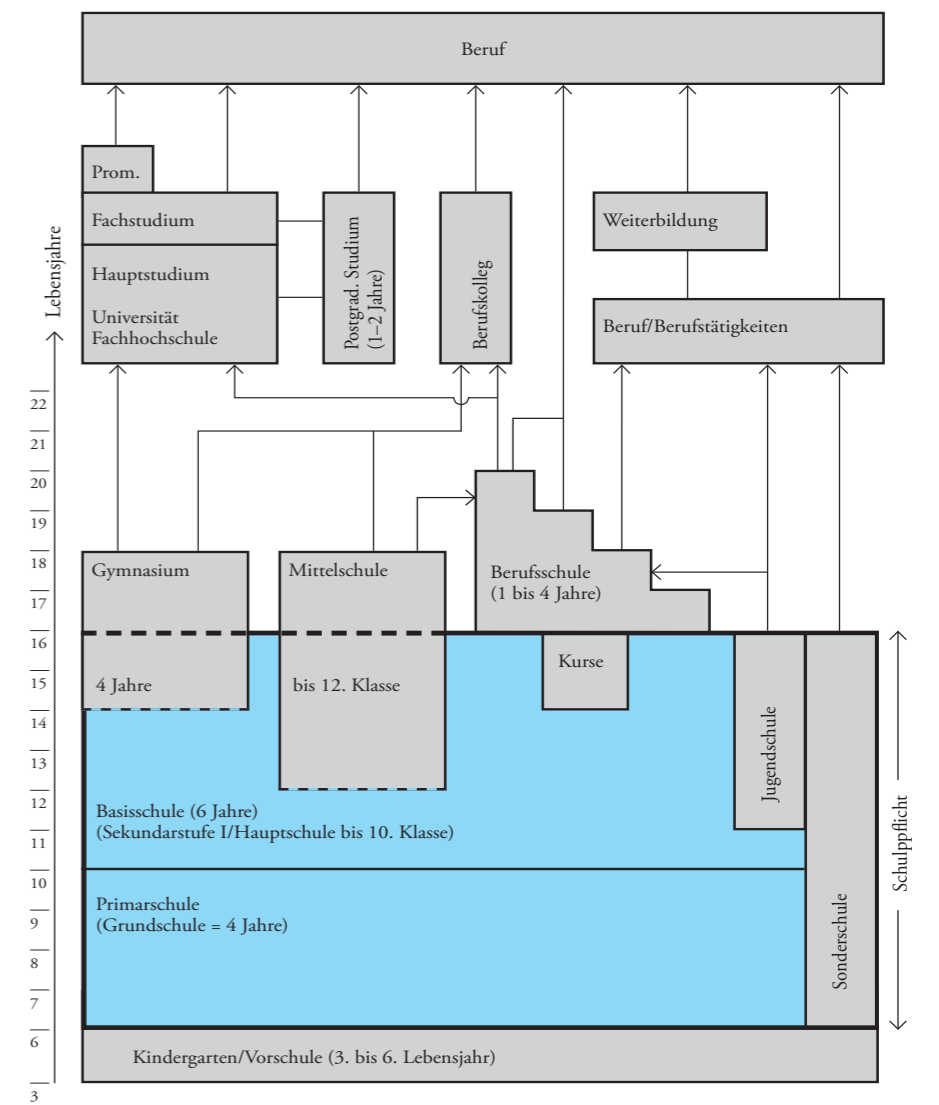
**Sekundarstufe I und II**

Primarschule (Grundschule) und Sekundarstufe I (Basisschule) bilden eine Einheit. Sie sind zum Teil übergreifend mit der Sekundarstufe II verbunden. Die Primarschule umfasst die Klassen 1–4, die Basisschule die Klassen 5–10. Es gibt zum Beispiel auch Hauptschulen (Klasse 1 bis 10) und Mittelschulen bis zur Klasse 12. Auch Gymnasien führen zum Teil Primar- und Basisschulklassen. Die Besonderheit besteht darin, dass keine Schule ausschließlich den Sekundarbereich II anbietet, sondern die Inhalte der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II sind zusammengefasst/abgestimmt.

**Die Basisschule**

Wie oben erwähnt, dauert die Basisschule 6 Jahre und beendet die Schulpflicht mit einer Abschlussprüfung. Der erfolgreiche Abschluss berechtigt zum Eintritt in die Berufsschule oder eine andere höhere Schule.

**Struktur des Bildungssystems in Litauen**



Mit 14 Jahren können die Schüler die Basisschule verlassen, wenn sie einen Ausbildungsplatz haben und die Berufsschule besuchen, um den Sekundarstufe I-Abschluss zu erreichen.

**Das Gymnasium**

Der Wechsel auf ein Gymnasium ist nach der 8. Klasse der Basisschule möglich. Der Besuch des Gymnasiums ist demnach 4-jährig (Klassen 9–12). Ziel ist es, die Schüler auf die Anforderungen der Höheren Schulen und Universitäten vorzubereiten.

**Die Berufsausbildung**

Berufsausbildung wird aufgrund des seit 1997 geltenden Berufsbildungsgesetzes nur in schulischer Form durchgeführt. Der Bezug zur betrieblichen Praxis erfolgt zum Teil durch vorgeschriebene Betriebs-Praktika während der Berufsschulzeit. Man unterscheidet:

A. Berufsschulen mit zwei- bis dreijähriger Dauer für Schüler, die keinen Sekundarstufe I – Abschluss besitzen, eine grundlegende Berufsausbildung erhalten und den Hauptschul-Abschluss erwerben können.

B. Berufsschulen mit dreijähriger Dauer für Schüler, die den Sekundarstufe I-Abschluss haben und eine qualifizierte Berufsausbildung anstreben.

C. Berufsschulen mit vierjähriger Dauer für Schüler mit Sekundarstufe I-Abschluss, die neben einer Berufsqualifikation auch die Hochschulreife erwerben können (Doppelqualifikation).

D. Berufsschulen mit ein- bis zweijähriger Dauer für Abiturienten, die eine berufliche Qualifikation anstreben.

### Berufskollegs

Schüler, die einen Sekundarstufe II-Abschluss am Gymnasium, an einer Mittelschule oder einer Berufsschule erworben haben, können Berufskollegs besuchen, die zu technischen und kaufmännischen Qualifikationen (Spezialqualifikationen) führen. Das Vollzeitstudium am Berufskolleg dauert drei bis vier Jahre.

### Hochschulen

In Litauen bestehen 9 Universitäten und 6 weitere universitäre Hochschulen. Das Studium ist i.d.R. dreistufig:

- > Die erste Stufe (4 Jahre) ist ein berufsqualifizierendes Hauptstudium. Ziel ist Bakalaureus bzw. Bachelor.
- > Die zweite Stufe (3–4 Semester) ist ein spezielles Fachstudium. Ziel ist Magister bzw. Master.
- > Die dritte Stufe (2–3 Jahre) führt mit erfolgreichem Abschluss zum Dokortitel. Auch ein Postgraduiertes Studium mit europäischen Standards wird mit unterschiedlichen Abschluss-Zertifikaten angeboten.

### Weiterbildungsbereich

Berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten werden zurzeit geplant, entwickelt und angeboten, um den Erwerbstätigen vielseitige Aus- und Fortbildungschancen zu eröffnen.

### Adressen

Botschaft der Republik Litauen, Charitéstraße 9, 10117 Berlin, Telefon: (030) 89 06 81 10  
Ministry of Education and Science / Vocational Education, Sv Mykolo 10-7, LT-2001 Vilnius

## Landesverband

### Aktuelles aus dem GV



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„verflücht noch mal, das darf doch nicht wahr sein“, schoss es mir spontan durch den Kopf, als ich die Ankündigung des Kultusministers gelesen habe, die mobile Lehrerreserve an den Gymnasien solle um mehrere hundert Stellen erhöht werden. Der VLB fordert Gleichbehandlung für die beruflichen Schulen!

Jetzt sind erst Mal die beruflichen Schulen dran! Unser Landesvorsitzender hat auch sofort gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Landeselternvereinigung der Fachoberschulen Bayerns, Bernd Eckhardt, reagiert. Beide haben ihre „Verwunderung und ihr Unverständnis“, so formuliert man das in der Sprache der Diplomatie, ausgedrückt. Es kann doch nicht ausgewogen und gerecht sein, wenn in der Beruflichen Oberschule Pflichtunterricht ausfällt, während an Gymnasien die mobile Lehrerreserve deutlich erhöht wird. Auch unsere Schülerinnen und Schüler kämpfen um ihre Zukunft, um ihren Platz in der Gesellschaft.

Damit wir uns klar verstehen: Die mobile Lehrerreserve an Gymnasien ist sinnvoll, das streiten wir nicht ab. Aber sie ist für unsere Schülerinnen und Schüler zumindest ebenso sinnvoll. Ich darf daran erinnern: Mehr als 40% der in Bayern ausgestellten Zeugnisse einer Hochschulreife werden an einer beruflichen Schule erworben.

Der VLB wird darum kämpfen, dass unsere beruflichen Schulen nicht ins Hintertreffen geraten. Auch bei uns wird die Schülerzahl in den kommenden Jahren zurückgehen, es wird zwar regional Unterschiede geben, in Bayern insgesamt aber werden die Zahlen sicherlich sinken. Die entscheidende Frage wird sein, bleibt die „Demografische Rendite“ in den beruflichen Schulen? Es gibt eine Fülle von sinnvollen Maßnahmen, für die man sie verwenden kann. Individualisierung des Unterrichtsangebotes, Coaching von leistungsschwachen Schülern, „Brückenprogramme“ für den Übergang an weiterführende Bildungsinstitutionen, Absenkung der Klassenstärken (der Koalitionsvertrag lässt grüßen), Abbau von Mehrarbeit, Würdigung von außerunterrichtlichen Leistungen der Lehrkräfte sind nur einige Beispiele dafür.

### VLB befürchtet Verwässerung des mittleren Schulabschlusses

Das Ministerium beabsichtigt mehrere Änderungen der Berufsschulordnung, die vom VLB mitgetragen werden, wie z.B.

- > Entscheidung über Durchführung und Verbindlichkeit von schulübergreifenden sonstigen Schulveranstaltungen
- > Ärztliche Atteste bei angekündigten Leistungsnachweisen
- > Befreiung von allgemein bildenden Fächern bei Berufsschulberechtigten ohne mittleren Schulabschluss
- > Nachträglich bekannt gewordener Unterschleif
- > Nachteilsausgleich bei dauernder Behinderung
- > Definition des Endes des ersten Schulhalbjahres und Zeitpunkt der Ausgabe der Zwischenzeugnisse (bei Vollzeitbeschulung).

„Bauchschmerzen“ haben wir allerdings bei der geplanten Anhebung des

erforderlichen Notendurchschnittes von jetzt 2,50 auf künftig 3,0 im Abschlusszeugnis der Berufsschule zur Erreichung des mittleren Schulabschlusses (die Regelung bei Englisch gilt weiterhin unverändert). Wir befürchten dadurch eine Verwässerung des mittleren Schulabschlusses, letztlich zum Nachteil der Schülerinnen und Schüler. Es ist aus unserer Sicht pädagogisch nicht sinnvoll, schulische Berechtigungen zu verleihen, die in der praktischen Umsetzung bei den jungen Leuten mit großer Wahrscheinlichkeit zu Misserfolgen führen. Aus anderen Schularten wissen wir darüber hinaus um die negativen Konsequenzen, wenn ein Bildungsabschluss von den „Abnehmern“ nicht akzeptiert wird.

Uns ist natürlich auch klar, dass der vorliegende Landtagsbeschluss von der Exekutive umgesetzt werden muss, unser Einwand also nicht berücksichtigt werden wird. Deshalb fordern wir umso nachdrücklicher, die „Brückenprogramme“ zum Besuch weiterführender beruflicher Schulen flächendeckend zu intensivieren.

Unabhängig davon empfinden wir die Absicht, diese Neuregelung rückwirkend zum 1. August 2010 in Kraft treten zu lassen vollkommen abwegig. Das bedeutet nämlich, die Zeugnisse der Winterprüfungen 2010/2011 müssen überprüft und gegebenenfalls neu ausgestellt werden.

### „Studenten machen Schule“

Hinter diesem „Logo“ verbirgt sich ein Programm von Lehramtsstudierenden der Berliner Universitäten. Studierende bieten Schulen Module wie z. B. Präsentationstechniken und Medieneinsatz oder Lesetechniken etc. an. Studierende erarbeiten mit Schülern in Workshops die Themen. Der Schwerpunkt liegt derzeit auf Vollzeitschulen, insbesondere Gymnasien. Nach einem persönlichen Gespräch mit den jungen Leuten kann ich mir aber auch gut einen Einsatz an beruflichen Vollzeitschulen vorstellen. Die Kosten liegen bei rund 5,00 Euro pro Schüler/-in und Workshop.

Die Verantwortlichen führen zurzeit Gespräche im Kultusministerium, um die Initiative auch in Bayern ins Leben

zu rufen. Aus meiner Sicht ist es in jedem Fall für die Studierenden eine sehr sinnvolle Initiative, inwieweit eine Umsetzung vor Ort erstrebenswert ist, hängt natürlich jeweils von den Gegebenheiten und Zielen der einzelnen Schule ab.

Wer sich näher informieren möchte kann dies tun unter: Studenten machen Schule, Schloßstraße 129, 12163 Berlin; T: 030 779 067 09, F: 030 779 067 10; [www.studenten-machen-schule.de](http://www.studenten-machen-schule.de); [bayern@studenten-machen-schule.de](mailto:bayern@studenten-machen-schule.de)

In diesem Sinne alles Gute und ein herzliches Dankeschön für Ihr persönliches Engagement in unserer Solidargemeinschaft VLB!

Ihr

Alexander Liebel

## Bezirks- und Kreisverbände

### KV Mittelfranken-Süd

## Informationsveranstaltung

Zu einer Informationsveranstaltung ins BSZ Ansbach hatte der Vorsitzende Gerhard Binder eingeladen. Als Referent konnte er hierzu Diplom-Verwaltungswirt Martin Stumpf von der Regierung in Mittelfranken gewinnen. Sein

Thema lautete „Die Haftung des Lehrers im Schulalltag – Wo kann es für uns teuer werden? Das Problem scheint auf den ersten Blick ein juristisch trockenes zu sein, doch Martin Stumpf verstand es rhetorisch geschickt und durch Powerpoint-Präsentation unterstützt es anschaulich rüber zu bringen. Bei seinen Fallbeispielen mussten viele Kollegen erkennen, dass ihnen dies in ähnlicher Weise auch passieren hätte können. Zwei Gesetzeswerke sind hier von entscheidender Bedeutung: Grundgesetz Art. 34 und Lehrerdienstordnung § 36. In beiden Texten ist geregelt, dass nicht der Lehrer, sondern sein Dienstherr Ansprechpartner bei Schadenersatzforderungen ist.

Sechs Verhaltensregeln gab Martin Stumpf den anwesenden Lehrern an die Hand:

- > Ermitteln Sie die zuständige Stelle.
- > Bringen Sie die weitere Abwicklung auf den Weg.
- > Informieren Sie die Beteiligten über Ihre Schritte.
- > Korrespondieren Sie nie inhaltlich mit Rechtsanwälten oder Anspruchstellern.
- > Erkennen Sie niemals Ansprüche an.
- > Äußern Sie sich nicht zur Rechtslage.

Die zweite Frage, die sich daran anknüpft: Wendet sich der Dienstherr wiederum an den Lehrer, um von ihm Schadenersatzforderungen zurück zu verlangen? Dies wird nur dann geschehen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind. Der Lehrer muss grobfahrlässig, im Sinne einer großen Pflichtverletzung, gehandelt und dabei ein unentschuldigbares Verhal-



Machten nochmals Wahlwerbung für die Personalratswahl, von links: Horts Lochner, Wolfgang Lambl, Maria Middendorf, Gerhard Binder und Rudi Keil.

ten an den Tag gelegt haben. Beides bedarf aber immer der Prüfung im Einzelfall.

Daran anschließend erläuterte der Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl die Regeln bei Stimmabgabe zum örtlichen Personalrat, Bezirkspersonalrat und Hauptpersonalrat. Er appellierte dabei an die Anwesenden die örtlichen Kandidaten zu wählen. In einem kurzen Schwenk ging er auf den Sachstand bei den neuen Beurteilungsrichtlinien ein.

Der Bezirksvorsitzende Horst Lochner stellte die Anwesenden Kandidaten danach vor.

Im letzten Teil ging der Hauptpersonalrat Rudolf Keil auf bestimmte Punkte im neuen Dienstrecht ein. Die Punkte Beförderungsrichtlinien, Besoldungsstufen und Altersteilzeit in Block oder Teilmittelmodell stießen auf das Interesse der Zuhörer.

Bleibt zum Schluss noch zu erwähnen, dass auch Dank der vielen Fachlehreranhänger vom Staatsinstitut in Ansbach die Versammlung sehr gut besucht war.

Heinz Kamm

#### BV Unterfranken

### Bezirksversammlung im Zeichen der Personalratswahlen

Der Vorsitzende des Bezirks Unterfranken Rudi Hoffmann lud zur jährlichen Bezirksversammlung nach Würzburg ein. Vor gut besuchtem Haus erläuterte der Bezirksvorsitzende die Tagesordnung:

1. Vorstellung der Kandidaten für die Wahl der Personalräte
2. Dank an die Funktionsträger des Bezirks
3. Informationen über das neue Dienstrecht durch die HPR Wolfgang Lambl und Rudi Keil

Die Kandidaten stellen sich in freundlicher „Heimspielatmosphäre“ vor, da den meisten Anwesenden die Kandidaten gut bekannt waren. Bei der Auf-

Die gut besuchte Bezirksversammlung der Unterfranken.



stellung der Liste der Kandidaten wurde darauf geachtet, dass der regionale Proporz, die unterschiedlichen Schularten, die Geschlechterteilung sowie die Aufteilung in gehobener Dienst und höherer Dienst beachtet wurde.

Schmunzeln rief das „Jugendfoto“ des Kollegen Karl Blank hervor, das auf dem Werbeflyer des Verbandes zu sehen war. Neben den Flyern konnten sich die Teilnehmer noch mit weiterem VLB-Werbematerial eindecken.

Anschließend bedankte sich Rudi Hoffmann bei allen Funktionsträgern des Bezirks für ihre wertvolle Arbeit für den Verband. Gerade die Kontaktkollegen sind die „Sympathieträger“ des Verbandes vor Ort. Er dankte ganz besonders den Kreisvorständen für die vielfältigen Aktivitäten. Ohne aktive Kreisvorstände wäre die Arbeit des Verbandes nur halb so viel wert, erläuterte er.

Den dritten Programmpunkt teilten sich die beiden Hauptpersonalräte Wolfgang Lambl und Rudi Keil.

Rudi Keil informierte zunächst auf seine lebhafte, sympathische Art die Anwesenden über die Neuerungen im Dienstrecht. Er hat durch die Qualität und Art seines Vortrags in Unterfranken sicherlich neue Freunde gewonnen.

Wolfgang Lambl, der in Unterfranken über ein überragendes Ansehen und hohe „Sympathiewerte“ verfügt, hatte ein für ihn sehr angenehmes Heimspiel. Er informierte anhand einer PP-Präsentation über weitere Einzelheiten des neuen Dienstrechts. Besonders spannend war es, wenn er aus dem „Nähkästchen“ plauderte und über die einzelnen Treffen mit Entscheidungsträgern erzählte.

So verging die Zeit wie im Fluge. Obwohl geplant war, die Veranstaltung spätestens um 22.00 Uhr zu beenden, war es kurz vor 23 Uhr, bis der Bezirksvorsitzende Rudi Hoffmann sich bei den Referenten bedankte. Er verabschiedete die Teilnehmer mit der Bitte für einen hohen Wahlbeteiligung bei der Personalratswahl zu sorgen, bedankte sich für das rege Interesse und wünschte allen einen guten Nachhauseweg.

Wolfgang Grünsfelder

#### KV Nordschwaben

### Kreisversammlung mit Mitgliederehrungen

Im historischen Schloss Höchstadt a. d. Donau veranstaltete der Kreisverband Nordschwaben seine diesjährige Kreisversammlung. Als Referenten konnte Kreisvorsitzender Alois Rothermel den stv. Landesvorsitzenden und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl begrüßen.

Zunächst berichtete der Kreisvorsitzende über die Aktivitäten des Kreisverbandes im abgelaufenen Berichtsjahr. Neben einer Informationsveranstaltung für Referendare wurde in den Herbstferien 2010 eine Studienfahrt nach Weimar und Leipzig durchgeführt.

Anschließend referierte Wolfgang Lambl über das Neue Dienstrecht in Bayern. In seinem amüsanten und standespolitisch kämpferischen Vortrag berichtete er auch über die Bemühungen des VLB und BBB, die von der baye-



Gruppenfoto vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig.

rischen Staatsregierung verordneten Sparmaßnahmen, abzuwehren bzw. abzumildern.

Über die aktuelle Verbandspolitik wurde die Versammlung von Günther Schuster informiert. Er ging auf die Expertenanhörung im Bayerischen Landtag ein, bei dem die Themen Demografie, Übergangssysteme und Modularisierung im Vordergrund standen.

Im Mittelpunkt der Kreisversammlung standen die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften. Neben der obligatorischen Urkunde erhielten die Geehrten pro 10 Jahre Mitgliedschaft eine Flasche Wein. Geehrt wurden für:

#### 20-jährige Mitgliedschaft

Bernhard Lenhard, Waltraud Schlosser, Joachim Nestler, Stefan Zanker, Linus

Zeitmann, Sr. Waltraud Loeckler, Wolfgang Klein

#### 25-jährige Mitgliedschaft

Marie-Luise Titze, Wolfgang Kiesecker, Elisabeth Leberle, Hans-Peter Neumayr, Peter Ringeisen, Josef Pohling, Maximilian Kühner, Karl Ring

#### 30-jährige Mitgliedschaft

Franz-Xaver Leopold, Hans Ring, Otto Pfefferer, Walter Kögler, Eberhard Otto, Alfred Heinisch, Roswitha Schönweitz-Holan, Josef Diepold, Gerhard Kestner, Michael Josef Leble, Erwin Lösch, Xaver Roskopf, Helmut Strasser, Adele von Mengden, Franz Weißgerber

#### 35-jährige Mitgliedschaft

Paul Klauser, Werner Schnabel, Kurt Kröner, Hans-Georg Wagner, Peter Lenz, Elisabeth Löffler, Reinhard Stang, Konrad Wilhelm



Ehrungen für 55-jährige Mitgliedschaft. Von links: Fritz Eger, Kreisvorsitzender Alois Rothermel, Joachim Klinkert, Stephanie Einfalt, Johann Neudert.

#### 40-jährige Mitgliedschaft

Dieter Jörck, Udo Krohe, Franz Rittel

#### 45-jährige Mitgliedschaft

Erika Weißhaupt, Helmut Bauer, Winfried Graminger

#### 50-jährige Mitgliedschaft

Johann Neudert

#### 55-jährige Mitgliedschaft

Josef Gollmitzer, Stephanie Einfalt, Joachim Klinkert, Fritz Eger, Hans Linder

Den Abschluss der von Helmut Straßer organisierten Kreisversammlung bildete ein gemeinsames Essen.

Alois Rothermel

## Fachgruppen

### FG Handel

### Stabübergabe bei der Fachgruppe Handel

Zur schon seit Jahren traditionell an der B 4 in Nürnberg stattfindenden „Frühjahrs-Fachgruppensitzung“ hatte Fachgruppenleiter Bernhard Kleier die „Handels-Lehrkräfte“ und Mitglieder der Fachgruppe Handel eingeladen. Neben dem „Hausherrn“ und stellvertretenden Landesvorsitzenden Alexander Liebel konnte er auch, sozusagen als „special guest“, den Landesvorsitzenden Jürgen Wunderlich begrüßen, der es sich nicht nehmen ließ, vom Beamtenkongress in Nürnberg kommend, der Fachgruppe Handel einen Kurzbesuch abzustatten und über die aktuellen, verbandspolitischen Themen zu berichten.

Im Mittelpunkt des Treffens stand die Vorgehensweise nach Abgabe und Rücklauf der Stellungnahme der FG Handel zur Erprobungsverordnung im Einzelhandel. Die Fachgruppe wird diese Thematik – vor allem die Fragestellung: Hat sich die Neuordnung in den Handelsberufen bewährt? – bei der kaufmännischen Fachtagung am 22. Oktober 2011 in Bamberg im Rahmen eines Diskussionsforums mit Vertretern der Schulen und Kammern in den Fokus stellen.



Bernhard Kleierl (zweiter von links) gratuliert seinem Nachfolger Christian Traub. Weitere Gratulanten: VLB-Landesvorsitzender Jürgen Wunderlich und sein Stellvertreter Alexander Liebel.

Anschließend wurden weitere Gesichtspunkte aus dem Bereich des Handels zur Sprache gebracht, wie etwa alternative, duale Ausbildungsmöglichkeiten, Fortbildungswünsche oder Prüfungsmodalitäten.

Zum Schluss stand noch die angekündigte Neuwahl des/der Fachgruppenleiters/in auf der Tagesordnung. Aufgrund der beruflichen Veränderung des bisherigen Leiters, der nun als stellvertretender Schulleiter an der Staatlichen Wirtschaftsschule in Weiden tätig ist, war eine Neuwahl erforderlich. Einstimmig wurde der Führungsstab an Christian Traub von der B 4 in Nürnberg übergeben. Damit kehrt die Leitung der Fachgruppe – nach einem zweijährigen Ausflug in die Oberpfalz – wieder nach Franken und Nürnberg zurück, nachdem vormals Gerhard Hacker lange Jahre von hier aus die Fachgruppenarbeit koordiniert hatte.

Alexander Liebel und Jürgen Wunderlich dankten dem scheidenden Leiter für sein Engagement und wünschten Christian Traub viel Erfolg bei seiner zukünftigen, verantwortungsvollen Tätigkeit.

Bernhard Kleierl

## FG Sozialpädagogik (h.D.)

### Stabwechsel

Anfang April traf sich die VLB-Fachgruppe Sozialpädagogik (h.D.) im Staatlichen Beruflichen Schulzentrum Regensburger Land zur jährlich stattfindenden Versammlung und Wahl des Fachgruppenleiters. Die bisherige Vorsitzende der Fachgruppe, Cornelia Taube, konnte viele neue Kollegen begrüßen und leitete die Versammlung mit einer kleinen Vorstellungsrunde ein.

Sophia Altenthan informierte anschließend über die „geschichtlichen“ Hintergründe der Fachgruppe Sozialpädagogik und zeigte die Notwendigkeit der weiteren intensiven Arbeit der Fachgruppe auf. Vorrangiges Ziel muss es



Die Mitglieder der Fachgruppe.

sein, immer wieder die Frage zu stellen: „Und was ist mit den Sozpäds?“

### Entwicklungen im Bereich der BFS Sozialpflege und BFS Kinderpflege

Nach einem kurzen Bericht über den 10. Berufsbildungskongress in Amberg und den dort stattgefundenen Arbeitskreis für die Berufsfachschulen für Kinderpflege und Sozialpflege diskutierte die Fachgruppe über diverse Ausbildungsangebote privater Träger, deren Absolventen in sozialpflegerische und sozialpädagogische Berufsbereiche streben – diese Tendenz wurde in der Runde als äußerst kritisch bewertet und soll in einem Gespräch mit Vertretern des Kultusministeriums thematisiert werden.

### Problem Externenprüfung

Ab sofort werden die externen Prüfungen SPS an den Fachakademien für Sozialpädagogik durchgeführt, was zu einem erheblichen Mehraufwand für die betroffenen Schulen führen wird. Nach Auskunft von Cornelia Taube seien in diesem Jahr in Oberbayern die Zahl der externen Prüflinge für die Kinderpflege so hoch, dass Kandidaten in andere Regierungsbezirke abgegeben werden müssen.

### Entwicklungen im Bereich der FOS/BOS

Es steht eine Überarbeitung des Lehrplans für Pädagogik und Psychologie an. Dabei wird von vielen Seiten befürchtet, dass die inhaltliche Überfrachtung des alten Lehrplans durch eine aktuellere

Überfrachtung ersetzt werden soll; hier ist abzuwarten bis konkretere Entwürfe vorliegen.

Einstimmig wurde der Wunsch geäußert, dass die Fachgruppe über den Verbandsvorsitzenden darauf hinweist, anstelle von Gymnasiallehrern, eher Lehrkräfte für das Lehramt an beruflichen Schulen mit Zweitfach zu bevorzugen – dies passiert nach wie vor zu wenig.

### Veränderungen in der Lehrerausbildung

Die Gruppe diskutierte ausgiebig die im KMS vom 21.02.2011 versandte endgültige Fassung des Reformkonzepts der

Lehrerbildung. Besonders kritisch wurde die Umstrukturierung der Studienseminarbezirke diskutiert. Viele Vertreter der Fachgruppe befürchten ein Abhängen bzw. eine Benachteiligung der Region Ostbayern, die ihr Studienseminar verlieren wird.

### Wahl des neuen Fachgruppenleiters

Zum Abschluss der Versammlung der VLB-Fachgruppe Sozialpädagogik (h.D.) wurde Philipp Reichel von der Fachoberschule Fürstenfeldbruck zum neuen Fachgruppenleiter gewählt.

Philipp Reichel

## Personalien

### Dritte WiPäd-Professur in Nürnberg:

#### Dr. Kimmelman zur Juniorprofessorin berufen

Zum Sommersemester 2011 hat Dr. Nicole Kimmelman den Ruf auf eine Juniorprofessur für berufliche Kompetenzentwicklung am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Erlangen-Nürnberg angenommen. Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften betont damit die Rolle der Wirtschaftspädagogik und der Lehrerbildung in Nürnberg.

Dr. Kimmelman hat nach einer Ausbildung zur Bankkauffrau Wirtschaftspädagogik an der Universität Erlangen-Nürnberg studiert und als Diplom-Handelslehrerin abgeschlossen. Nach mehreren Tätigkeiten als Bildungsbegleiterin, Dozentin für Integrationskurse und Auslandsaufenthalt war sie seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik. Kimmelman hat sich 2009 mit der Schrift „Cultural Diversity als Herausforderung der beruflichen Bildung“ promoviert, für die sie von der Universität das höchste Prädikat „summa cum laude“ erhielt. Für ihre Arbeit erhielt sie den Publikumspreis der Ludwig-Erhard-Stiftung und den Promotionspreis der Hermann-Gut-

mann-Stiftung. Zu den Schwerpunkten von Dr. Nicole Kimmelman gehören Diversity Pädagogik und Diversity Management, Interkulturelle Pädagogik und die berufsbezogene Sprachförderung im Fachunterricht. Ferner beschäftigt sie sich mit dem Einsatz von Neuen Medien sowie aktuellen Fragen der Kompetenzentwicklung bei Lehrkräften. Weitere Forschungsschwerpunkte sind in Planung und sollen insbesondere auch praxisorientiert, d. h. in Zusammenarbeit mit Schulen und Betrieben umgesetzt werden.

Juniorprofessuren wurden mit der fünften Novelle des deutschen Hochschulrahmengesetzes eingeführt, um jungen Wissenschaftlerinnen mit herausragender Promotion unabhängige Forschung und Lehre an Hochschulen zu ermöglichen, und zwar ohne die bis dato übliche Habilitation.

Dr. Kimmelman besetzt die dritte Professur in Wirtschaftspädagogik: Neben dem Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik und Personalentwicklung (Inhaber seit 2006: Prof. Dr. Karl Wilbers) sowie der Professur für Wirtschaftspädagogik, die seit 1998 Prof. Dr. Jörg Stender innehat.

Der Lehrstuhl wünscht der Kollegin einen guten Start, viel Erfolg in Forschung und Lehre und freut sich auf eine gute Zusammenarbeit. Karl Wilbers

## Wir gratulieren im Juli ...

### ... zum 99. Geburtstag

Meier, Babette, 09.07.  
87600 Kaufbeuren, KV Allgäu

### ... zum 95. Geburtstag

Karrasch, Rudolf, 17.07.  
80689 München, BV München

### ... zum 90. Geburtstag

Hannemann, Kurt, 09.07.  
96317 Kronach,  
KV Oberfranken-Nordwest

### ... zum 87. Geburtstag

Rottegger, Anna, 27.07.  
84036 Landshut, KV Landshut  
Löwer, Kurt, 27.07.  
90491 Nürnberg, KV Nürnberg  
Fraas, Gertraud, 28.07.  
95028 Hof, KV Oberfranken-Nordost

### ... zum 86. Geburtstag

Fuchs, Heinz, 05.07.  
87509 Immenstadt, KV Allgäu  
Förster, Erna, 27.07.  
93077 Bad Abbach, KV Regensburg

### ... zum 85. Geburtstag

Gulden, Erika, 15.07.  
95030 Hof, KV Oberfranken-Nordost  
Schubert, Ottmar, 18.07.  
91717 Wassertrüdingen, KV Mittelfranken-Süd

### ... zum 84. Geburtstag

Vogl, Heinrich, 30.07.  
94315 Straubing, KV Donau-Wald

### ... zum 83. Geburtstag

Rösel, Dr. Wolf-Dieter, 14.07.  
84036 Landshut, KV Landshut  
Stöhr, Werner, 28.07.  
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg  
Krapp, Dr. Alfons, 30.07.  
90419 Nürnberg, KV Nürnberg

### ... zum 82. Geburtstag

Haider, Alfons, 10.07.  
85435 Erding, KV Oberbayern-Nordwest  
Kunzfeld, Ingeborg, 11.07.  
84048 Mainburg, KV Landshut  
Wendler, Helmut, 14.07.  
90542 Eckental, KV Bamberg-Forchheim



## ... zum 81. Geburtstag

**Hergert, Gerhard Wolfgang**, 01.07.  
90547 Stein, KV Nürnberg  
**Heilmann, Ludwig**, 09.07.  
97078 Würzburg, KV Würzburg  
**Lenz, Ernst**, 12.07. 97753  
Karlstadt, KV Würzburg  
**Häusler, Herbert**, 24.07.  
93055 Regensburg, KV Regensburg  
**Erras, Erwin**, 26.07.  
91126 Schwabach, KV Mittelfranken-Süd  
**Lösch, Dr. Friedemann**, 30.07.  
81549 München, KV Rosenheim-Miesbach

## ... zum 80. Geburtstag

**Castner, Rochus**, 10.07.  
90419 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Christ, Josef**, 21.07.  
92237 Sulzbach-Rosenberg,  
KV Amberg-Sulzbach  
**Helfrich, Margot**, 14.07.  
97422 Schweinfurt, KV Main-Rhön  
**Naujoks, Hartmut**, 23.07.  
97525 Schwebheim, KV Main-Rhön

## ... zum 75. Geburtstag

**Erk, Winfried**, 31.07.  
97222 Rimpf, KV Würzburg  
**Helfrich, Helmut**, 07.07.  
63743 Aschaffenburg, KV Untermain  
**Lerch, Wolfgang**, 25.07.  
82194 Gröbenzell, KV Oberbayern-Nordwest  
**Otto, Eberhard**, 24.07.  
89407 Dillingen, KV Nordschwaben  
**Puchtler, Elisabeth**, 29.07.  
83026 Rosenheim, KV Rosenheim-Miesbach  
**Schülke, Joachim**, 21.07.  
96450 Coburg, KV Oberfranken-Nordwest  
**Weinberger, Walter**, 22.07.  
94065 Waldkirchen, KV Niederbayern-Ost

## ... zum 70. Geburtstag

**Bogner, Ingeborg**, 22.07.  
82152 Krailing, BV München  
**Buchberger, Karlheinz**, 25.07.  
82256 Fürstenfeldbruck, BV München  
**Ehrlinger, Hans-Georg**, 31.07.  
81479 München, BV München  
**Goblirsch, Gerald**, 29.07.  
83125 Eggstätt, BV München  
**Helmsorig, Gerhard**, 06.07.  
91737 Ornbau, KV Mittelfranken-Nord  
**Hupfaut, Gertrud**, 18.07.  
94522 Wallersdorf, KV Donau-Wald  
**Klimek, Ulrike**, 20.07.  
93073 Neutraubling, KV Regensburg

**Meßbacher, Elisabeth**, 02.07.  
86551 Aichach, KV Nordschwaben  
**Müller, Elisabeth**, 04.07.  
97464 Niederwerrn, KV Main-Rhön  
**Schacherbauer, Margarete**, 26.07.  
84347 Pfarrkirchen, KV Niederbayern-Ost  
**Schmiz, Gerhard**, 01.07.  
86697 Oberhausen/Neuburg,  
KV Oberbayern-Nordwest

## ... zum 65. Geburtstag

**Alt, Harold**, 11.07.  
95152 Selbitz, KV Oberfranken-Nordost  
**Bezold, Josef**, 10.07.  
93176 Beratzhausen, KV Oberfranken-Nordost  
**Falkert, Erich**, 12.07.  
93077 Bad Abbach, KV Regensburg  
**Flettner, Anton**, 31.07.  
97753 Karlstadt, KV Würzburg  
**Geis, Hans-Wolfgang**, 24.07.  
91207 Lauf a.d. Pegnitz, KV Mittelfranken-Nord  
**Huber, Helmut**, 03.07.  
85551 Kirchheim, BV München  
**Schmedding, Theo**, 05.07.  
83233 Bernau-Weisham,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Stegmüller, Franz**, 16.07.  
82383 Hohenpeißenberg,  
KV Oberbayern-Südwest

## ... zum 60. Geburtstag

**Bock, Walter**, 01.07.  
92318 Neumarkt, KV Neumarkt  
**Dieck, Walter**, 05.07.  
97209 Veitshöchheim, KV Würzburg  
**Gill, Ursula**, 05.07.  
95032 Hof, KV Oberfranken-Nordost  
**Gärtner, Maria-Luise**, 25.07.  
86899 Landsberg, KV Oberbayern-Südwest  
**Herberg, Erwin**, 27.07.  
85609 Dornach, BV München  
**Huber, Albert**, 24.07.  
83278 Traunstein, KV Rosenheim-Miesbach  
**Dr. Langer, Peter**, 09.07.  
83301 Traunreut-Hörpolding,  
KV Traunstein-Berchtesgadener Land  
**Laubmeier, Kurt**, 22.07.  
81929 München, KV Oberbayern-Nordwest  
**Meier, Joachim**, 23.07.  
91301 Forchheim, KV Bamberg-Forchheim  
**Ostermaier, Hans-Peter**, 04.07.  
94535 Eging, KV Niederbayern-Ost  
**Schmid, Dieter**, 22.07.  
85051 Ingolstadt, KV Oberbayern-Nordwest  
**Schwab, Rainer**, 06.07.  
96050 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

**Siegert, Elisabeth**, 07.07.  
83115 Neuheuern, KV Rosenheim-Miesbach  
**Spee, Reinhold**, 09.07.  
97616 Bad Neustadt, KV Main-Rhön  
**Wittmann, Werner**, 04.07.  
89423 Gundelfingen, KV Nordschwaben  
**Wrede, Alfred**, 09.07.  
92339 Beilngries, KV Oberbayern-Nordwest  
**Ziegenthaler, Ulrich**, 27.07.  
90461 Nürnberg, KV Nürnberg

## In den Ruhestand sind gegangen ...

**Bezold, Josef**, KV Regensburg  
**Flettner, Anton**, KV Würzburg  
**Huber, Helmut**, BV München  
**Mücke, Elisabeth**, KV Nordschwaben  
**Schmedding, Theo**, KV Rosenheim-Miesbach

## Wir trauern um ...

**Elfein, Bernd (74)**, KV Würzburg  
**Krämer, Max (75)**, KV Mittelfranken-Nord  
**Perreiter, Maria (87)**, KV Altötting-Mühlhof  
**Pöhlmann, Herbert (74)**,  
KV Mittelfranken-Nord

## Vermischtes

## Studienreise von Religions- und Sozialkundelehrern:

## VLB und KEG unterwegs im Heiligen Land

Mit täglichen religionspädagogischen Gesprächen und spirituellen Impulsen von Pfarrer Sven Johannsen, Begegnungen und Besichtigungen machten sich die 18 Pädagoginnen und Pädagogen während der Faschingsferien daran, die Spiritualität der überlieferten Orte des Lebens und Wirkens Jesu für den Religionsunterricht erschließen sowie die aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Situation des Landes erfahren.

Ausgangspunkt waren die Heiligen Stätten am See Genezareth: Primatskapelle, Berg der Seligkeiten, Magdala und Kapernaum. Beeindruckend war der traditionelle Fußweg durch das Taubental, den auch Jesu mit Sicherheit gegangen ist. Über Kana fuhren die Teilnehmer nach Nazareth in die Heimatstadt Jesu, in der er 30 Jahre lebte und die ihn geprägt hat. Mit dem Besuch der Verkündigungskirche, der Verkündigungsgrotte und der Josefskirche, erschlossen sich historische Sachverhalte und die verschiedenen kirchlichen Traditionen.

Weiter führte die Reise zur (auf israelisches Gebiet verlegten) Taufstelle am Jordan, zum Berg Tabor mit der Verklärungskirche und durch das fruchtbare Jordantal zum Gerasimokloster, in dem die Heilige Familie auf der Flucht nach Ägypten einmal genächtigt hat, in die Wüstenstadt Jericho.

Der Tell Jericho, der Hisham Palast aus Osmanischer Zeit und der Tempel des Herodes sind Zeugen der vergangenen Blüte der Stadt, die heute unter palästinensischer Selbstverwaltung steht.

Das Georgskloster im Wadi Kelt, ein Ort biblischen Fastens, war Ausgangspunkt zum Weg durch die Wüste zurück nach Jericho und eines vertieften Verständnisses biblischer Gleichnisse. In der jüdischen Wüste in Qumran, dem Fundort der bekannten Schriftrollen, wurde die Begegnung mit der Esszenbewegung aus der Zeit Jesus möglich.

Am Ölberg in Jerusalem, in der Pater Nosterkirche, der Dominus Flevitkirche und dem Garten Gethsemane mit der Kirche der Nationen, den Kreuzwegstationen der Via Dolorosa entlang zur Grabeskirche, wurde nicht nur das Wirken und Leiden Jesu begreiflicher. Auch die gegenwärtige brisante Situation des Anspruchs dreier Weltreligionen auf die heiligen Stätten in dieser Stadt war deutlich. Prof. Dr. Margareta Gruber, OSF vom Laurentius-Klein-Lehrstuhl für Biblische und Ökumenische Theologie des Theologischen Studienjahrs Jerusalem, erläuterte diese Problematik angesichts des beengten Raumes, auf dem Judentum, Islam und Christentum zusammenleben und ihre liturgischen Handlungen vollziehen, sowie der Verquickung von Religion und Politik.



In der Altstadt von Jerusalem: KEG-Mitglieder zeigen „Flagge“. Ulrike Persie (KEG Kitzingen) mit „Flagge“, Norbert Bocksch (stellv. Landesvorsitzender der KEG in Bayern), rechts im Profil: Pfarrer Sven Johannsen.

Der Schluss der Studienreise führte theologisch zum Anfang, zur Geburtsstätte Mariens und nach Bethlehem, der Geburtsstadt Jesu. In der Geburtskirche zeigte sich, dass auch die christlichen Konfessionen sich schwer tun mit dem Zusammenleben auf engstem Raum. Dennoch verdiene dieses Zusammenleben und das Ausüben der Liturgie der Weltreligionen auf engstem Raum Respekt, so Prof. Gruber.

Unübersehbar begleitete die Fragmentierung der israelischen Gesellschaft die Reise: arabische Dörfer und Städte, Orte der Drusen, jüdische Orte zeigten unterschiedliche Lebensweisen und die bestehende Abgrenzung. Auf den Golanhöhen demonstrierten die schier unendlichen Minenfelder, Sattelitenanlagen, jüdische Siedlungen und das stets präsente Militär aktuelle Problemlagen des Staates Israel.

In Safed, einer heiligen Stätte des Judentums, erläuterte Pfarrer Johannsen die Entwicklung des Judentums über die Jahrhunderte. In der aschkenasischen und der sephardischen Synagoge des Ortes wurde die unterschiedliche Entwicklung erlebbar. Die aus dem 6. Jahrhundert stammende Synagoge in Bet Alfa machte jüdisches Denken dieser Zeit eindrucksvoll sichtbar. Und die von Marc Chagall geschaffenen Glasfenster mit der Darstellung der 12 Stämme Israels in der Synagoge der Universitätsklinik Jerusalem führten zurück zu den Anfängen des Judentums.

Der Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem führte in die jüngere Geschichte des Judentums und erinnerte an die von den Nationalsozialisten auf europäischem Boden versuchte Ausrottung der Juden. Zugleich konnte im Garten der Gerechten, an der Heldensäule

In der Dormition Abbey in Jerusalem. Von rechts: Norbert Bocksch (stellv. Landesvorsitzender der KEG in Bayern), Dr. Michael Persie (VLB), Margit Schütz (stellv. Kreisvorsitzende der KEG Bamberg), Prof. Dr. Margareta Gruber OSF (Laurentius-Klein-Lehrstuhl für Biblische und Ökumenische Theologie/Theologisches Studienjahr Jerusalem/German Academic Program of Theology) und Ulrike Persie (KEG Kitzingen).

Alle Fotos: Mechthildis Bocksch



**HERAUSGEBER**

Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB) im VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: 0 89/59 52 70  
Telefax: 0 89/5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
E-Mail: info@vlb-bayern.de

**REDAKTION**

Martin Ruf  
Nussbaumweg 9  
97084 Würzburg  
E-mail: ruf@vlb-bayern.de  
Tel.: 09 31/66 14 15  
Fax: 09 31/6 60 72 91

Günther Schuster  
Remigius-Vollmann-Str. 4 b  
89257 Illertissen  
E-Mail: schuster@vlb-bayern.de  
Tel.: 0 73 03/91 90 25  
Fax: 0 73 03/91 90 26

**ANZEIGENBETREUUNG**

Glückstat Marketing & Kommunikation  
Andrea Henkel  
Sterzinger Str. 3  
86165 Augsburg  
E-Mail: anzeigenbetreuung@vlb-bayern.de  
Tel.: 08 21/4 50 40 33-33  
Fax: 08 21/4 50 40 33-20

**ANZEIGENVERWALTUNG**

Andrea Götzke  
Telefon: 0 89/59 52 70  
Telefax: 0 89/5 50 44 43  
E-Mail: goetzke@vlb-bayern.de  
Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München

**DRUCK**

Schleunigungsdruck GmbH  
Elterstraße 27, 97828 Marktheidenfeld  
Telefon: 0 93 91/6 00 50

**ERSCHEINUNGSWEISE / BEZUGSPREIS**

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

**KÜNDIGUNG**

Die Kündigung kann bis drei Monate vor Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

**COPYRIGHT**

Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

**MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE**

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Haftung.  
Namentlich gezeichnete Beiträge, insbesondere Leserbriefe, müssen sich nicht mit der Meinung des Herausgebers und der Redaktion decken.

„vlb-akzente“ wird laufend im Dokumentationsdienst der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder, im Dokumentationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK und im Dokumentationsring DOPAED bibliographisch nachgewiesen.  
ISSN Nr. 1867-9161

und am Denkmal für den Pädagogen Januzc Korczak, jener Menschen gedacht werden, die sich mutig und selbstlos für Menschlichkeit eingesetzt haben.

In Bethlehem wurde das konfliktträchtige Zusammenleben von Arabern und Juden noch deutlicher als in Jericho. Es werden noch viele der von Frau Prof. Gruber beschriebenen Aktivitäten nötig sein, bis eine „normale“ Situation entstehen kann.

Reichlich ausgestattet mit Anschauungsmaterialien für den Religionsunterricht, mit einem erfrischendem religionspädagogischem Zugang zu den Texten der Bibel und einem vertieften Verständnis für die politische, soziale und wirtschaftliche Situation in Israel kehrte die Gruppe nach Deutschland zurück. Einig waren sich die Pädagoginnen und Pädagogen, dass eine solche Studienreise für angehende Religionslehrer sehr bedeutsam wäre. *Mechthildis Bocksch*

**Termine****Vorankündigung:****Aufstieg und Niedergang der Quelle AG**

Der Förderverein der B6 in Nürnberg führt seine Vortragsreihe auch im Jahr 2011 fort. Nach Prof. Götz W. Werner, den dm-Markt-Gründer in 2010, referiert am Montag, den 27.06.2011, unmittelbar nach den Pfingstferien, W. Ammon, ehemaliger Vorstand der Quelle AG zum Thema: Aufstieg und Niedergang der Quelle AG. Anschließend steht Herr Ammon zu einer Aussprache zur Verfügung. Die Veranstaltung findet im BBZ, Äußere Bayreuther Str. 8, Raum A 013, um 19.30 Uhr, statt. Die Schule und der Förderverein freuen sich auf eine rege Teilnahme mit anschließender Diskussion.

**Bücher/Medien**

**Titel:** Schulrecht, 8. Auflage 2010

**Autoren:** Avenarius, Hermann; Füssel, Hans-Peter

**ISBN:** 978-3-556-01185-0

**Preis:** 68,00 Euro

**Verlag:** Wolters Kluwer, Carl Link, Kronach

**Rezensent:** Bernd Frommelt

Das Handbuch „Schulrecht“ liegt in grundlegend überarbeiteter Auflage vor. Die Überarbeitung des voluminösen, unangefochtenen Standardwerks war nach 10 Jahren überfällig und wurde seit langem erwartet.

Das „Opus magnum“, das es hier zu würdigen gilt, umfasst knapp 800 Seiten – fast 100 Seiten mehr als sein Vorgänger – ist klar und nachvollziehbar in drei große Teile gegliedert: „Schulwesen“, „Schülerinnen und Schüler, Eltern“ (sie sind bezeichnenderweise in der Neuauflage nach vorn gerückt!) und „Lehrerinnen und Lehrer“. Im rasch erschließbaren Register weist nach wie vor das Stichwort „Lehrer/Lehrkräfte“ die meisten Unterpunkte auf.

Angewachsen ist in diesem Teil aber vor allem das Kapitel „Lehrerbildung“. Dankenswerterweise werden hier die – rechtlichen – Probleme thematisiert, die mit der Einpassung der Lehramtsstudiengänge in die gestuften Studienstrukturen, also Bachelor- und Masterabschlüsse, entstanden sind.

An qualitativem und quantitativem Gewicht gegenüber der letzten Auflage haben ohne Zweifel auch die Abschnitte, die sich mit der „Selbständigkeit der Schule – Schulautonomie“ beschäftigen, gewonnen – einmal mehr ein Beleg dafür, dass das „Schulrecht“ nicht nur in eher formalen Details, sondern mit Blick auf die großen Linien der Schulentwicklung der letzten Jahre durchlüftet wurde.

In den ausführlichen Passagen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung

(der Begriff findet sich im Stichwortverzeichnis der 7. Auflage noch gar nicht) wird auch das seit Kurzem in Mode gekommene Institut „Zielvereinbarungen“ thematisiert.

Es ist hervorzuheben, dass es die Autoren schaffen, trotz landesspezifischer Ausprägungen den fulminanten Wurf einer länderübergreifenden Darstellung – die vor allem zu Erkenntnissen durch Vergleiche führt – durchzuhalten.

**Neues Thema Ungleichheit**

Mit Spannung und Gewinn liest man auch das Unterkapitel „Ungleichheit im deutschen Schulsystem“ und ist überrascht über die komplexe, systematische und ausführliche Ausfaltung dieses wohl sensibelsten Bereichs der Schulentwicklung „nach PISA.“ Hervorzuheben ist das Plädoyer im Zusammenhang mit dem Stichwort „Migrationsbedingte Ungleichheiten“.

Die Aktualität des in Rede stehenden Werks zeigt sich an diesem Beispiel eindrücklich: vor 10 Jahren noch taucht der Begriff „Chancengleichheit“ lediglich in einem Satzteil – „soweit Chancengleichheit überhaupt realisierbar ist“ – im Zusammenhang mit Bemerkungen zu Verpflichtungen des Sozialstaats gegenüber der Schule auf.

Dass das neue „Schulrecht“ seiner Aktualität wegen ohne Zweifel in die „Grundausstattung“ jeder Schule und in jedes Amt und jede Institution ge-

hört, die die gegenwärtige Schulentwicklung begleiten, ließe sich an einer Fülle weiterer Beispiele zeigen. Auffällig und wichtig ist etwa, dass der „Islamische Religionsunterricht“ nun im Unterabschnitt „Religionsunterricht“ und nicht mehr unter „Ausländer- und Ausiedlerkinder“ abgehandelt und differenziert auf den „Kopftuchstreit“ eingegangen wird.

Schließlich soll noch darauf hingewiesen werden, dass die auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierte „Behindertenrechtskonvention“ der Vereinten Nationen hinsichtlich der Vorgabe, ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, eine ausführliche rechtliche Würdigung erfährt, die sicherlich zur Klärung des in Vielem noch diffusen Bildes dieses Konzepts beitragen dürfte.

Zu rühmen bleibt, dass es Hermann Avenarius und Hans-Peter Füssel in hohem Maße gelungen ist, ein lückenloses Schulrechtskompendium vorzulegen, das ohne allzu großen wissenschaftlichen Ballast auskommt und deshalb auch für juristische Laien ausgesprochen nutzerfreundlich, gut handhabbar und verständlich ist; es enthält in analytischer und deskriptiver Klarheit all das, was man verfügbar haben sollte, um den Rahmen des Rechts, in den die öffentliche Institution Schule eingebunden sein muss, um ihre komplexen und komplizierten Aufträge erfüllen zu können, verstehen und sich in ihm souverän bewegen zu können.

**Südkärntner Seen**  
Baden-Wandern-Segeln-Heidelb.-Pilze. Ausfl. nach Venedig & Verona. Alleinstehendes Einfamilienhaus, herrliche und sehr ruhige Lage nahe Presseggensee.  
Telefon 0 73 03/62 07

**Autorenverzeichnis****Asam, Jürgen**

BS; Fürther Str. 77,  
90429 Nürnberg,  
Tel.: (0911) 231-3951

**Bauer, C./Blum, E./Dr. Sembill, D.**

Universität, Kärntenstraße 7,  
96052 Bamberg,  
Tel.: (0951) 863-2766

**Brunnhuber, Martin**

ISB, Schellingstraße 155,  
80797 München,  
Tel.: (089) 2170-2297

**Greubel, Manfred**

VLB-Referent Bildungspolitik,  
Händelstr. 25,  
90751 Schwaig,  
Tel.: (0911) 500041

**Lambl, Wolfgang**

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender und  
VLB-Hauptpersonalrat  
Gramschatzer Ring 6,  
97222 Rimpar,  
Tel.: (09363) 5278

**Küfner, Reinhard**

VLB-Referent für Fachlehrerfragen  
Eulenstr. 5,  
93309 Kehlheim

**Leischner, Dietmar**

Robert-Koch-Str. 10,  
85521 Ottersbrunn,  
Tel.: (089) 6083610

**Liebel, Alexander**

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
BS, Schönweißstr. 7,  
90461 Nürnberg,  
Tel.: (0911) 231-3948

**Dr. Sonneck, Florian**

FOS, Aichacher Str. 18,  
86316 Friedberg,  
Tel.: (0821) 597477

**Wunderlich, Jürgen**

VLB-Landesvorsitzender  
BS, Landrat-Dr.-Frey-Straße 2,  
86356 Neusäß,  
Tel.: (0821) 45440-0

**Aus aktuellem Anlass:**

## **Fach- und Berufsoberschulen erhalten 40 Planstellen zusätzlich – aber immer noch viel Luft nach oben!**

In einer Presseerklärung hat der Bayerische Kultusministers Dr. Ludwig Spaenle nun erklärt: „Wir werden auch im kommenden Schuljahr große Anstrengungen unternehmen, um den Unterricht an der Beruflichen Oberschule und damit eine gute qualitative Ausbildung der jungen Leute zu sichern“, so der Minister.

„Dazu werden den Fach- und Berufsoberschulen 40 Planstellen zusätzlich zugewiesen. Ferner werden Abordnungen von 18 gymnasialen Lehrkräften weiter geführt.“

Fortlaufende Bemühungen des VLB-Vorstandes und unserer Hauptpersonalräte sind im Kultusministerium nicht auf verschlossene Ohren gestoßen. Beigetragen hat wahrscheinlich auch die gemeinsame Initiative des VLB zusammen mit der Landeselternvereinigung der Fachoberschulen (LEV FOS) – siehe gemeinsame Presseerklärung der beiden Verbände Seite 15.

### **Schülnachfrage nach Beruflicher Oberschule wächst weiter**

Die Schülerzahl an den Beruflichen Oberschulen wird im kommenden Schuljahr weiter ansteigen. Mit rund 58.000 Schülerinnen und Schülern rechnet das Kultusministerium im kommenden Schuljahr an den Beruflichen Oberschulen mit den unter ihrem Dach angesiedelten Fach- und Berufsoberschulen. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler war bereits in den vergangenen Jahren merklich gewachsen: von rund 42.900 im Schuljahr 2005/2006 um mehr als 30 Prozent auf rund 56.400 im aktuellen Schuljahr 2010/2011.

### **Schüler und Eltern haben die Chancen der Beruflichen Oberschule erkannt**

„Die Schülerinnen und Schüler sowie ihre Eltern haben mittlerweile die Chancen der Beruflichen Oberschule er-

kannt. Die Berufliche Oberschule eröffnet jungen Menschen einen gleichwertigen Weg zur Allgemeinen Hochschulreife“, kommentierte Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle die positive Entwicklung an diesen beruflichen Schulen. Die Anzahl der Standorte konnte in den vergangenen Jahren spürbar erweitert werden. So wurden ab dem Schuljahr 2005/2006 allein 15 Fachoberschulen und 5 Berufsoberschulen neu errichtet. Zum kommenden Schuljahr 2011/12 hat Kultusminister Ludwig Spaenle an den Standorten Friedberg, Neusäß, Reggen, Marktredwitz und Waldkirchen die Erweiterung der Fachoberschulen um eine Berufsoberschule genehmigt.

### **Klares Bekenntnis zur beruflichen Bildung**

Die Berufliche Oberschule ist eine zentrale Säule in dem durchlässigen differenzierten Schulwesen in Bayern. Absolventen der Real-, Wirtschafts- und des M-Zweigs der Haupt- und Mittelschule sowie Gymnasiasten mit Oberstufenreife können die Fachoberschule besuchen, junge Frauen und Männer mit bestandener Ausbildung die Berufsoberschule. Im vergangenen Jahr haben rund 26.000 Schülerinnen und Schüler an einer Beruflichen Oberschule eine Hochschulreife erworben.

### **VLB: Schritt in die richtige Richtung**

„Ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung“, kommentiert der stellv. Landesvorsitzende und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl die Entscheidung des Kultusministers Dr. Spaenle. „Es geht nicht an, dass die beruflichen Schulen für die „Premiumversorgung“ der anderen Schularten immer wieder verdrängt werden. Das Ziel muss sein, dass der vorgesehene Pflichtunterricht an den beruflichen Schulen planmäßig erteilt werden kann,“ fordert Lambl.

*Martin Ruf*